

Muslime in den Medien

PRESSESCHAU

2018

Yasin Bař



Muslime in den Medien

PRESSESCHAU

2018

Yasin Bař

© Köln 2019

Projektentwicklung: Yasin Bař

Design/Layout: Ahmet Cahit Bozkurt

Kein Teil dieses Werkes darf ohne schriftliche Genehmigung des Verfassers in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Alle Rechte vorbehalten.

Inhalt

Vorwort	9
Radikalisierung, Deradikalisierung & Prävention	15
Institutionalisierung des Islam in Deutschland	21
Fremdenfeindlichkeit, Rassismus & Islamophobie	31
Umfrageergebnisse & Neue Studien 2018	41
Beziehungen mit der muslimischen Welt	45
Deutsch-Türkische Beziehungen	45
Beziehungen in den Nahen- und Mittleren Osten	47

Vorwort

„Wir haben ein stattliches Haus geerbt, ein großes „Welthaus“, in dem wir zusammen leben müssen - Schwarze und Weiße, Menschen aus dem Osten und dem Westen, Heiden und Juden, Katholiken und Protestanten, Moslems und Hindus, eine Familie, die in ihren Ideen, ihrer Kultur und ihren Interessen übermäßig verschieden ist und die - weil wir nie mehr ohne einander leben können - irgendwie lernen muss, in dieser großen Welt miteinander zu leben.“
(Martin Luther King, Nobelpreisrede 10.12.1964)

Fast täglich stoßen wir in den Medien auf die Begriffe „Islam“ und „Muslime“. Publizistik wie auch Presse und TV haben das Thema spätestens nach der islamischen Revolution im Iran für sich entdeckt. Mit den Golfkriegen, dem Konfliktherd Israel-Palästina, den Migrationsbewegungen der letzten Jahrzehnte und nicht zuletzt seit dem 11. September 2001 hat das Thema „Muslime in den Medien“ auch eine innenpolitische Dimension eingenommen. In den letzten Jahren werden jedoch die Termini „Muslime“, „Islam“ oder „Integration“ mit Begriffen wie „Terror“ und „Gewalt“ immer wieder gemeinsam erwähnt.

Medien werden in der politikwissenschaftlichen Theorie auch als die „vierte Gewalt“ bezeichnet. Sie geben einen strukturellen aber auch vereinfachten Überblick zu komplexen Sachverhalten wieder. Medien haben die Funktion bei der Wirklichkeitserfassung und -gestaltung mitzuwirken. Mit den benutzten aber auch ausgelassenen Bildern und Formulierungen schaffen Journalisten eine Art „postfaktische Realität“ und haben damit auch die Mittel in der Hand, bestimmte Bilder und Erklärungsmuster zu verallgemeinern und auszubreiten oder aber auszublenden. Michael Schmitz, Professor für Psychologie und Management an der Lauder Business School in Wien formuliert dies in einem Essay für das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ treffend:

„Journalisten verstehen sich als Kontrolleure der Macht. Sie üben dabei selber Macht aus. Sie bestimmen, welche Themen sie wie darstellen, welche sie ignorieren, wer sich womit öffentlich zu Wort meldet. Mächtige brauchen die Medien, um Meinung zu machen, und Medien suchen die Nähe zur Macht, um Informationen zu bekommen. Journalisten können Zugang zur Macht erlangen, solange sie der Macht gewogen bleiben. Anerkennung durch Macht schmeichelt. Damit steigern sie zugleich ihre persönliche Bedeutung und ihren Marktwert, und damit beginnt die Verführung, die kritische Distanz aufzugeben, die sie brauchen, um Macht zu kontrollieren. Kontrolle üben Journalisten nur aus, wenn sie Machtbeziehungen aufdecken und helfen, Sachthemen zu verstehen. Sonst tragen sie bei zur Verschleierung von Macht. Und zur Verdummung, wenn sie politische Kontroversen nicht mehr ergründen, sondern nur noch deren Protagonisten die öffentliche Arena für saftigen Schlagabtausch bereiten. So inszenieren sie – in einträchtiger Kollaboration – Machtkämpfe als verblödendes Unterhaltungsspektakel.“

Massenmedien dienen darüber hinaus als wichtige Informationsquellen, besonders bei fremden Aspekten, zu denen sich der Zugang aufgrund des fehlenden Hintergrundwissens meist als schwierig erweist. Sie besitzen aber auch die verantwortungsvolle Aufgabe, dafür zu sorgen, dass aufgrund der Art und Weise ihrer Berichterstattung keine Verzerrungen, Stereotype und schlimmstenfalls Vorurteile entstehen, die einem gesamtgesellschaftlichen Frieden entgegenstehen. Die gewissenhafte Informationsverarbeitung und -vermittlung ist daher wesentlich.

In den Diskussionen der vergangenen Jahre z.B. in der sogenannten „Kreditaffäre“ des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der „Plagiatsaffäre“ um den ehemaligen Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Gutenberg oder der Diskussion um Thilo Sarrazin und seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ wurde die Macht der Medien sehr deutlich. Verbreitungsmedien können damit selber Themen setzen, andere Themen dagegen in den Hintergrund stellen oder gar ganz ignorieren. Sie können bestimmend und meinungsführend in der Gesellschaft sein. Sie können Menschen in Ämter hieven aber auch Menschen bloßstellen und stürzen. Sie können Stimmung erzeugen, was im schlimmsten Falle bis zur Volksverhetzung reichen kann. Daher ist die Frage durchaus berechtigt, ob die Medien im politischen System nicht schon zur zweiten ja sogar ersten Gewalt aufgestiegen seien. Ohne zu ahnen, leben wir schon teilweise in einer Mediendemokratie, in denen Medien und deren finanzkräftige Interessensgemeinschaften, womit nicht nur ihre Werbekunden gemeint sind, zu den Hauptakteuren von Politik und politischen Entscheidungen geworden sind. Der Dortmunder Politologe Thomas Meyer wählt dazu den Begriff der „Mediokratie“. Damit meint er, dass sich Politik und Politiker immer stärker den Massenmedien unterwerfen.

Zudem beobachten wir in den letzten Jahren eine wachsende Konzentration – um nicht zu sagen: Monopolisierung – von Medien und Nachrichtenflüssen. So ist es wohl nicht weitgehend bekannt, dass wenige bestimmte Unternehmen, Großinvestoren und überaus wohlhabende Familien die Branche beherrschen. Facebook, Time Warner und Walt Disney sind nur einige dieser großen Unternehmen. In Deutschland beherrschen u.a. folgende Unternehmerfamilien die Medien: Bauer, Bertelsmann (Mohn), Burda, Du Mont, Funke, Holtzbrinck, Kirch, Madsack, Schaub, Springer etc. Des Weiteren hat der Eine oder die Andere im Zusammenhang mit Medieninvestitionen und Machtkonzentration in den Medien möglicherweise die Namen Warren Buffet oder Rupert Murdoch gehört. Oder eben Jeff Bezos; Der Multimilliardär und Amazon-Chef hatte vor ein paar Jahren die traditionsreiche US-Tageszeitung „The Washington Post“ erworben.

Die Diskussion um sogenannte Fake-News, also Falschmeldungen und Manipulation der Medien ist ein weiterer Bereich, dem wir uns mit dem Fortschreiten der Digitalisierung und dem verstärkten Konsum sozialer Medienkanäle stellen müssen. Die Frage, inwieweit wir den uns servierten Nachrichten und deren Verfassern noch trauen können, wird uns in Zukunft noch intensiver beschäftigen.

In den Medien war das Jahr 2018 eine durchaus debattenreiche Zeit, in der vielfach über Muslime und den Islam in Deutschland berichtet wurde. Dabei fällt auf, dass bestimmte Menschengruppen in unserer Gesellschaft durch ihre religiöse bzw. auf ihre Religion reduzierte Identität definiert werden und dies sich in fast allen Medien widerspiegelt. Allen voran in wirtschaftlichen und sozialen Krisenzeiten ist die Reduzierung auf eine bestimmte Identität vermehrt zu spüren. Auffallend ist, dass nach dem 11. September 2001 die Berichterstattung über Einwanderer in Deutschland immer weniger mit ethnisch besetzten Begrifflichkeiten besetzt ist. Kurz: Früher wählten die Journalisten in der Regel Begriffe wie „Türke“, „Albaner“ oder „Araber“. Heute wird meistens nur noch von „Muslimen“ gesprochen. Wenn heute über den Islam oder Muslime gesprochen wird, wird der Glaube oft als ein Politikum oder als Ideologie bewertet. Muslime befänden sich nach Meinung des Ökonomen und Nobelpreisträgers Amartya Sen somit in einer „Identitätsfalle“. Egal was ein Mensch tue, wenn er muslimischer Herkunft sei, werde, so Sen, das Verhalten auf die Religion reduziert, so als ob dieser Mensch nur eine einzige Identität habe. Nun aber in Zeiten der „Krise“ und dem Ende des „Ost-West-Konflikts“ geht es um eine neue Identitätsstiftung und um Identitätsgegensätze. Hierbei bedienen sich Meinungsführer, Teile der Eliten und Massenmedien allein durch ihre Wortwahl der Auf- bzw. Abwertung von bestimmten Menschengruppen. Die Veranstaltungsreihe einer großen deutschen Tageszeitung aus dem Rheinland mit dem Titel „Wir und die Muslime“ ist nur ein Beispiel für derlei Aus- und Eingrenzungstendenzen, die sich über die meinungsbildenden Massenmedien nicht nur bei der so genannten „Durchschnittsbevölkerung“ einprägen.

Bei dem Versuch, gewisse Menschengruppen in die eigene Identitätsfamilie ein- oder auszugliedern, ereignen sich manchmal Unstimmigkeiten: Die plötzliche Betonung einer angeblich herrschenden „christlich-jüdischen“ Tradition in Deutschland wird auch von Vertretern der jüdischen Gemeinden in Deutschland als Heuchelei gedeutet.¹ Nach einem der größten Verbrechen gegen die Menschheit, dem Holocaust, den vorhergegangenen verwehrten Integrations- sowie Teilhabebemühungen und der Ausgrenzung europäischer und deutscher Juden, gehört viel Mut dazu, von einer „christlich-jüdischen“ Kultur in Deutschland – so wünschenswert sie ist – zu sprechen. „Wer keine gefestigte Persönlichkeit besitzt, sucht Menschen, auf die er hinabschauen kann. Früher waren das vor allem die Juden“, sagt Salomon Korn vom Zentralrat der Juden in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung. Dass Einwanderer oder eine Weltreligion wie der Islam ununterbrochen als Gegenpol oder als „Kontrastmittel“ (Jörg Lau, Die Zeit) zur christlichen oder der deutschen Mehrheitsbevölkerung dargestellt werden, ist bedauernd. Besorgniserregend ist weiterhin, dass rechtsextremistische Gruppierungen und Internetseiten, so genannte sektiererische „Musterjuden“ (Tobias Kaufmann, Kölner Stadtanzeiger) rekrutieren, damit sie, wenn sie gegen den Islam und Muslime hetzen, ein Alibi aufweisen können. Die Idee dahinter ist sehr perfide: Wenn schon Juden dies oder jenes über Muslime behaupten und mit uns zusammenarbeiten, dann können wir ja gar nicht antisemitisch, rassistisch oder extremistisch sein. Rechtspopulisten, Rechtsterroristen und Rassisten entgegnen durch so einen „Koscherstempel“ (Kaufmann) jegliche Kritik.

Den Begriff des „christlich-jüdischen Abendlandes“ kritisiert auch Wolfgang Benz als „grob fahrlässige Geschichtsklitterung“. Der Historiker und Antisemitismusforscher sagt im „Badischen Tageblatt“ vom 05.02.2019: „2.000 Jahre lang waren die Christen bemüht, den Juden das Leben so schwer wie irgend möglich zu machen.“ Heute nun in Konfrontation zum Islam die Juden mit ins Boot nehmen zu wollen, sei unredlich, so der 77-Jährige.

¹ Süddeutsche Zeitung Online: <https://www.sueddeutsche.de/politik/interview-mit-salomon-korn-leitkultur-ist-nah-dran-an-kulturdiktatur-1.1050817-3> [27.01.2012] [Letzter Abruf: 06.02.2019].

Ähnliche Tendenzen gibt es auf der Seite von denjenigen Muslimen, die öffentlichkeitswirksam gegen die Mehrheitsmuslime positioniert und unterstützt werden. Sowohl dieses als auch das Beispiel mit der „christlich-jüdischen Identität“ veranschaulicht, wie arglistig mit der jüdischen oder muslimischen Identität umgegangen wird.

Leider wurden auch 2018 wieder zahlreiche Anschläge auf der Welt verübt, deren Verantwortung in der weltweiten Presseberichterstattung „Islamisten“, „Radikal-Islamisten“ oder „Islamischen(?) Terroristen“ zugewiesen wurden. Nahezu dilettantisch übernahm der Großteil der Presse die Begrifflichkeiten von konzertierten Kreisen, indem sie Terroristen im selben Atemzug mit einer Religion in Verbindung brachten.

Eines ist klar: Bei den weltweiten Anschlägen der letzten Jahre waren fast immer Muslime die Opfer. Zahlreiche muslimische Diplomaten und Bürger sind täglich Ziel von Terroristen im Irak, Syrien, Afghanistan und anderen muslimisch geprägten Staaten aber auch in Europa und den USA. Der Terrorismusexperte und Publizist Berndt Georg Thamm hatte schon vor Jahren beispielsweise ausdrücklich darauf hingewiesen, dass „von den etwa 150.000 Terroropfern in den vergangenen zwanzig Jahren laut Schätzung des Centers for Security Policy in Washington 90 Prozent(!) Muslime“ waren. Ein weiteres Problem liegt darin, dass diese Berichterstattung über den Islam dazu führt, dass Muslime – angefangen vom harmlosen Gemüsehändler über die Gemeindemitglieder der Moscheen und Vereine bis hin zu Frauen mit Kopftüchern und Schülern – unter Generalverdacht gestellt werden.

Bestimmte subversive Gruppen und Personen führen ihr Projekt seit dem Ende des Kalten Krieges, spätestens aber seit 2001 fort, indem sie versuchen, Muslime in der Welt und speziell in Deutschland gegen die Mehrheit im Land auszuspielen. Manche stellen sich die Frage, ob möglicherweise schon vorsätzlich eine Stimmung gegen die muslimische Minderheit geschürt wird, die dazu geeignet ist, Übergriffe auf hiesige Muslime zu provozieren. So wurden im Jahr 2018 mehrere Brandanschläge, anti-muslimische Schmierereien und andere Formen von Angriffen auf Moscheen und Wohnhäuser von Muslimen in Deutschland verübt. Zum Glück wurden die Übergriffe nicht als „christlicher oder christianistischer Terror“ dargestellt, wie es bei vermeintlich „islamischen“ oder sogenannten „islamistischen“ Terroristen fast immer der Fall ist. Aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linke-Fraktion geht hervor, dass zwischen Januar und Ende September 2018 mindestens 578 Angriffe auf Muslime und ihre Einrichtungen verübt wurden. Geringstenfalls wurden dabei 40 Menschen verletzt.

Benötigt werden in Deutschland Politiker, Eliten, Medienkonsumenten und Medienvertreter, die sich für mehr Sachlichkeit und Konstruktivität in der Frage der Eingliederung der Muslime einsetzen, die sich der Eingliederung und Verschiedenheit in den Medien- und Rundfunkanstalten und im öffentlichen Dienst nicht sperren und die mental in der Lage sind, Integrationspolitik nicht mit einer Sicherheitsparanoia zu verwechseln. Die benutzte Rhetorik und Metaphern in der Integrations- und Islamdebatte, auch in den Medien, schüren vielfach Ängste und Vorurteile. Die Form und die in diesem Ton geführte Debatte in allen Ebenen unseres Lebens hindern eine erfolgreiche Eingliederung und Teilhabe der Muslime, statt sie zu fördern. Wer den Islam, die Muslime und nicht selten die damit gleichgesetzten Migranten als einen Fremdkörper in Deutschland und Europa betrachtet und behandelt, der bedient sich derselben Argumentationsmuster von sogenannten „Radikalen“ und „Islamisten“, die nichts anderes tun, als genau das zu betuern.

Nach wie vor geben die Ergebnisse der Leipziger Autoritarismusstudie („Flucht ins Autoritäre – Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft“), aus der hervor geht, dass fast jeder dritte Deutsche „ausländerfeindlichen Aussagen“ zustimmt. Sie werden demnach nicht „nur“ von Rechtradikalen vertreten, sondern sind auch in der „Mitte der Gesellschaft“ landläufig. So ist laut Studie im Osten jeder Dritte, im Westen jeder Vierte „manifest-ausländerfeindlich“ eingestellt. 44,1 Prozent der Befragten meinen, dass Muslimen die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte – im Osten stimmen sogar über 50 Prozent dieser Aussage zu. Im Vergleich zu den Ergebnissen aus den Jahren 2014 und 2016 sind die Werte erneut angestiegen. Auch damals wollte ein Großteil der Befragten die muslimische Religionsausübung im Land verbieten und hatten sich nach autoritären Strukturen gesehnt. Dies gibt weiterhin Anlass zur Beunruhigung.

Anlass für diese Übersicht ist neben der Dokumentation der Berichterstattung über Muslime in den deutschen Medien auch die seit Jahren herrschende, mehrheitlich negative Darbietung und die „Stellvertreterdebatten“ über schwache soziale Gruppen in der Gesellschaft. In regelmäßigen Abständen werden Kampagnen in der Presse und Öffentlichkeit geführt – mal gegen Hartz IV Empfänger, das andere Mal gegen eine andere Randgruppe und wieder ein anderes Mal gegen ethnische oder religiöse Gemeinschaften und Minderheiten – auch 2018. Die Verbreitung islamfeindlicher

Publikationen und Propagandaseiten im Internet, muslimfeindlicher Parteien und Zusammenschlüsse wie Pegida und AfD, ethnische Vorurteile, antimuslimischer Rassismus und Diskriminierung im Alltag, Angriffe auf Moscheen und Wohnhäuser von Muslimen oder die Aufdeckung rechtsterroristischer Netzwerke – nicht nur in der Bundeswehr oder der Polizei –, sprechen dafür, diese Übersicht fortzusetzen. Aber auch die aktuellen Studienergebnisse, die Grund zur Sorge bereiten, sind Faktoren, die dazu bewogen haben die vorliegende Zusammenstellung herauszugeben.

Das Ziel dieser Arbeit, die sich an die allgemeine Öffentlichkeit richtet, ist es einen strukturierten Überblick über Themen anzubieten, die im Jahr 2018 Muslime in Deutschland und der Welt betrafen und in den deutschen Medien ihren Platz fanden. Die Themen sind selektiv zusammengefasst und untergliedert in folgende Themenschwerpunkte: 1. Radikalisierung, Deradikalisierung & Prävention; 2. Institutionalisierung des Islam in Deutschland; 3. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus & Islamophobie; 4. Umfrageergebnisse & Neue Studien 2018; 5. Beziehungen mit der muslimischen Welt. Als Quellen dienten öffentlich zugängliche Nachrichtenportale diverser Zeitungen und Verlage sowie Presseagenturen.

Abschließen möchte ich das Vorwort mit einem Zitat des Erlangener Rechts- und Islamwissenschaftlers Mathias Rohe. Rohes Zitat über das öffentliche Ansehen des Islam führt in wenigen Sätzen die in Deutschland existierende abstrakte Furcht vor dieser Religion vor Augen:

„Das Islam-Bild wird gespeist durch Fernsehbilder aus Afghanistan, aus dem Iran und dem Irak sowie aus dem Nahen Osten. Für viele Deutsche ist der Islam – auch in seinen hiesigen Ausprägungen – noch immer etwas Fremdes und Orientalisches. Oder bestenfalls etwas, das durch irgendwelche Gastarbeiter-Kulturen und –Subkulturen nach Deutschland eingesickert ist und jedenfalls nicht dazu gehört. Dass dies längst so nicht mehr zutrifft, haben viele einfach noch nicht wahrgenommen.“

Yasin Baş
Köln, 2019

Thema	Beschreibung	Zeitpunkt
Radikalisierung, Deradikalisierung & Prävention		
Forscher untersuchen Einfluss von Religion auf Radikalisierung	Wissenschaftler der Uni Osnabrück und Bielefeld untersuchen welchen Einfluss Religion und Religiosität auf die Radikalisierung junger Menschen haben. Neben der Religion könnten beispielsweise auch Konfliktlagen und Gruppenprozesse Einfluss auf die Radikalisierung nehmen. Die Forscher wollen bisher gängige Erklärungsmodelle hinterfragen und unter anderem den Fragen nachgehen, ob Moscheegemeinden mit ihrer Bildungsarbeit Radikalisierungsprozesse unterbinden können. Die Ergebnisse können ihren Angaben zufolge Impulse für laufende Präventionsprogramme liefern.	04.01.2018
BAMF sieht Familie als Schlüssel für Deradikalisierung	Persönliche Bezugspersonen sind laut der Beratungsstelle Radikalisierung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entscheidend, um radikalisierte Personen zu erreichen. „In den allermeisten Fällen“ sei dies die Familie, sagte der Leiter der Beratungsstelle, Florian Endres, dem Portal „heute.de“. Aufgabe von Beratern sei es, solche Schlüsselpersonen zu finden, „die positiven Einfluss auf diese Leute ausüben“.	05.01.2018
367 „islamistische“ Gefährder mit deutscher Staatsangehörigkeit	Deutsche Sicherheitsbehörden wissen von knapp 30 „Islamisten“ und rund einem halben Dutzend Kindern mit deutscher Staatsangehörigkeit, die in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens festgesetzt werden. „Die Zeit“ berichtet, dass 245 Gefährder, die sich im Ausland aufhalten ausschließlich und 122 weitere auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Das sind zusammen genommen 367 Gefährder. In Deutschland zählten die Behörden mit Stichtag 24. November 2017 insgesamt 711 sogenannte „islamistische Gefährder“.	24.01.2018
Islamismus-Prävention ist zunehmend gefragt	Immer mehr Angehörige von mutmaßlichen oder tatsächlichen „Islamisten“ nehmen die Dienste der Beratungsstelle Radikalisierung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie ihrer bundesweiten Partner in Anspruch. Demnach wurden zwischen Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2016 insgesamt 3.163 Anrufe registriert. Daraus wiederum ergaben sich 854 Beratungsfälle.	07.02.2018

15 Frauen aus Deutschland als IS-Mitglieder inhaftiert	Im Norden Syriens werden mindestens 15 Frauen aus Deutschland festgehalten, die sich der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) angeschlossen haben. Das berichtet „Die Welt“ unter Berufung auf den Terrorismus-Fachmann Nadim Houry von der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW).	10.02.2018
Bundesweit 150 islamistische Gefährder in Haft	Bundesweit befinden sich einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ zufolge rund 150 sog. „islamistische“ Gefährder in deutschen Haftanstalten. Sie sind entweder in Untersuchungshaft oder verbüßen eine Haftstrafe.	21.02.2018
Bundesregierung: 745 „islamistische“ Gefährder in Deutschland	Anfang Februar haben sich 745 so genannte „islamistische“ Gefährder in Deutschland aufgehalten. Das geht am Donnerstag aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD- Fraktion hervor.	01.03.2018
IS-Rückkehrer oft in Freiheit – 160 ausgeweiste Extremisten getötet	Insgesamt 160 der 970 ausgeweisten „Islamisten“ auf Seiten der Terrormilizen „Islamischer Staat“ (IS) oder „Jabhat al-Nusra“ sind inzwischen getötet worden. Jeder fünfte Rückkehrer sitzt in NRW in Haft. 59 der 74 Rückkehrer befinden sich nach Angaben des Innenministeriums in Freiheit.	03.03.2018
Reul: Mehrheit der Salafisten sind deutsche Staatsbürger	Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) warnt davor, die Gründe für den zunehmenden Salfismus in einer fehlgeleiteten Zuwanderung zu suchen. 66 Prozent der extremistischen Salafisten in NRW seien deutsche Staatsbürger. Dies mache die Sache „so verdammt schwierig“. Der Innenminister sagt, dass neben einer Stärkung der Sicherheitsarchitektur und zusätzlichen Repressionsmaßnahmen auch Präventions- und Deradikalisierungs-Programme notwendig seien, um dem wachsenden Salafismus wirkungsvoll zu begegnen.	22.03.2018
„Welt“: 96 deutsche IS-Kämpfer in Gefangenschaft	Fast 100 deutsche Kämpfer des sogenannten Islamischen Staats (IS) befinden sich im Irak und in Syrien in Gefangenschaft. Das berichtet die „Welt“ unter Berufung auf das Auswärtige Amt.	22.03.2018
Zahl der „Salafisten“ in Deutschland auf 11.000 gestiegen	Nach Informationen des „Tagesspiegel“ leben in Deutschland derzeit rund 11.000 so genannte „Salafisten“. Die Zeitung meldet dies unter Berufung auf Landesbehörden für Verfassungsschutz. Damit habe sich die Zahl der so genannten „Salafisten“ seit 2013 verdoppelt.	04.04.2018
„Welt“: 96 deutsche IS-Kämpfer in Gefangenschaft	Fast 100 deutsche Kämpfer des sogenannten Islamischen Staats (IS) befinden sich im Irak und in Syrien in Gefangenschaft. Das berichtet die „Welt“ unter Berufung auf das Auswärtige Amt.	22.03.2018

Zahl der „Salafisten“ in Deutschland auf 11.000 gestiegen	Nach Informationen des „Tagesspiegel“ leben in Deutschland derzeit rund 11.000 so genannte „Salafisten“. Die Zeitung meldet dies unter Berufung auf Landesbehörden für Verfassungsschutz. Damit habe sich die Zahl der so genannten „Salafisten“ seit 2013 verdoppelt.	04.04.2018
Bundesinnenministerium plant Pass-Entzug für „Dschihadisten“	Das Bundesinnenministerium will so genannte „Dschihadisten“ mit einem Doppelpass die deutsche Staatsbürgerschaft entziehen. Das sei „ein vordringliches Vorhaben“ und „eindeutig im Koalitionsvertrag geregelt“, sagte der parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Stephan Mayer (CSU).	09.04.2018
Seit Jahresbeginn 19 Gefährder abgeschoben oder abgewiesen	Wie aus internen Zahlen des Innenministeriums hervorgeht, sind in diesem Jahr schon 19 Gefährder abgeschoben oder an der Einreise nach Deutschland gehindert worden. Das BKA zählt derzeit insgesamt 760 Gefährder, gut die Hälfte davon im Inland.	13.04.2018
Minister will gewaltbereite „Islamisten“ unter 14 überwachen	Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul will junge „Islamisten“ durch die Sicherheitsbehörden überwachen lassen. Der CDU-Politiker beklagt eine zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen durch das Internet und von Rückkehrern und deren Kindern aus Kriegsgebieten.	13.04.2018
Terror-Experte verlangt Schließung radikaler Moscheen	Der Terrorismusforscher Peter N. Neumann vom Londoner Kings College verlangt die konsequente Schließung radikaler Moscheegemeinden in Deutschland. Diese zögen nach Ansicht des Forschers Fanatiker aus ganz Deutschland an. Es sei falsch gewesen, diese Hotspots zu tolerieren, um die Treffpunkte beobachten zu können.	24.04.2018
Projekt zur „Islamismusbekämpfung“ in Gefängnissen gestartet	Bayerns Justizminister Winfried Bausback (CSU) startet mit dem Psychologen Ahmad Mansour ein Projekt zur „Islamismusbekämpfung“ in bayerischen Gefängnissen. Das Programm „ReStart - Freiheit beginnt im Kopf“ solle auch der Prävention dienen, teilt das Justizministerium mit.	18.05.2018
35 deutsche Dschihadisten in kurdischen Gefängnissen	Nach den Gebietsverlusten der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) sind mindestens 35 deutsche Islamisten in kurdischen Lagern gefangen. Viele von ihnen planen den Angaben zufolge eine Rückkehr nach Deutschland.	18.05.2018
Viele ausgereiste „Islamisten“ haben deutschen Pass	Der Bundesregierung liegen offenbar Erkenntnisse zu „mehr als 1.000 Islamisten aus Deutschland“ vor, die zur Unterstützung einer Terrororganisation in Richtung Syrien und Irak ausgereist sind. Mehr als die Hälfte hat nach Angaben der Sicherheitsbehörden die deutsche Staatsangehörigkeit.	21.05.2018, 30.05.2018

Islamwissenschaftler sieht Parallelen bei Salafisten und Rechten	Der Islamwissenschaftler Michael Kiefer sieht viele Gemeinsamkeiten bei Jugendlichen, die in religiösen oder politischen Extremismus abdriften. „Vor allem finden sie es attraktiv, durch Identifikation mit einer radikalen Bewegung ihr Selbst zu erhöhen, ihr Ego zu steigern“, so Kiefer.	28.05.2018
NRW will Informationen über Kinder von IS-Rückkehrern erfassen	Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) sieht Verbesserungsbedarf bei der Kontrolle radikalisierte Rückkehrer der Terrororganisation IS/DEASCH. Reul möchte die Möglichkeit prüfen lassen, wie die Daten von unter 14-jährigen Kindern vom Verfassungsschutz und anderen Behörden gespeichert werden können.	04.06.2018
NRW kann 16 „islamistische“ Gefährder nicht abschieben	Die Abschiebung so genannter „Islamisten“ stellt die nordrhein-westfälischen Behörden vor Probleme. Wie das NRW-Flüchtlingsministerium dem „Kölner Stadt- Anzeiger“ auf Anfrage mitteilt, können derzeit 16 Gefährder nicht abgeschoben werden, obwohl sie ausreisepflichtig wären.	06.06.2018
Jugendschützer: So genannte „Islamisten“ zielen im Netz auf Kinder ab	Nach Ansicht von Experten sprechen so genannte „Islamisten“ im Internet immer jüngere Nutzer an. Die extremistischen Botschaften würden insbesondere Portalen wie Youtube und Instagram verbreitet, die in der Medienwelt von Kindern und Jugendlichen eine zentrale Rolle spielten, teilte das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet (jugendschutz.net) mit.	12.06.2018
Generalbundesanwalt zu Rizin-Fund: Verdächtiger war Islamist	Der 29-jährige Tunesier aus Köln, bei dem vergangene Woche das Bio-Gift Rizin gefunden wurde, gilt für die Ermittlungsbehörden als Islamist. Generalbundesanwalt Peter Frank: „Er war im islamistischen Spektrum tief verankert und stand mit Personen aus diesem Spektrum in Kontakt.“	21.06.2018
Viele Kinder deutscher Dschihadisten noch in Syrien und Irak	Nach Angaben des Bundesinnenministeriums halten sich weiterhin viele, vor allem sehr junge Kinder von mutmaßlichen so genannten Dschihadisten aus Deutschland gemeinsam mit ihren Eltern im Kriegsgebiet in Syrien und im Irak auf. 270 Frauen und Kinder aus Deutschland, oder in vielen Fällen auch dort geborene Kinder deutscher Eltern, seien noch in der Region, sagt eine Sprecherin des Ministeriums.	29.06.2018
Bundesregierung: 776 „islamistische“ Gefährder in Deutschland	776 so genannte „islamistische“ Gefährder befinden sich der Bundesregierung zufolge Stand Anfang Juli in Deutschland. Etwa fünf Prozent seien Frauen und rund zwei Prozent seien unter 18 Jahre alt, teilt die Bundesregierung in einer am Mittwoch veröffentlichten Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion im Bundestag mit.	19.07.2018

Verfassungsschutz verzeichnet steigende Zahl an Extremisten	Die Zahl gewaltorientierter Extremisten sei laut Verfassungsschutzbericht 2017 im Rechts- und Linksextremismus sowie bei „Reichsbürgern“ und so genannten „Islamisten“ „alarmierend“ gestiegen. Im Berichtszeitraum werden 29.855 Straftaten mit extremistischem Hintergrund gezählt. Laut Bericht zählt der Verfassungsschutz 12.700 Rechtsextremisten und 9.000 Linksextremisten zum gewaltorientierten Spektrum; das seien so viele wie nie zuvor. Ähnliches gelte für so genannte „Islamisten“.	25.07.2018
Verfassungsschutz warnt vor „islamistisch“ sozialisierten Kindern	Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt vor Kindern, die in so genannten „islamistisch“ geprägten Familien in Deutschland aufwachsen. Laut Behörde stellen sie „ein nicht unerhebliches Gefährdungspotenzial“ dar.	07.08.2018
Juden und Muslime erinnern in Auschwitz gemeinsam an die Opfer	Junge Juden und muslimische Flüchtlinge aus Deutschland erinnern in der KZ-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau gemeinsam an die Opfer des Nationalsozialismus.	09.08.2018
Deutsche Behörden forcieren Abschiebung von Islamisten	Deutsche Behörden forcieren offenbar die Abschiebung radikaler Islamisten ohne deutsche Staatsangehörigkeit in deren Herkunftsländer. Nach einem Bericht der „Welt“ seien seit dem Terroranschlag von Anis Amri auf dem Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 insgesamt 123 radikale Islamisten aus Deutschland abgeschoben worden. Zu den Zielländern der Rückführungen demnach Tunesien, Algerien, Türkei, Russland, Nigeria und Libanon.	26.08.2018
Zeitung: Immer mehr Freiwillige aus Deutschland bekämpfen den IS	Immer mehr Freiwillige ziehen aus Deutschland in den Kampf gegen die Terrormilizen des so genannten „IS“. Seit April 2017 seien 45 weitere Personen „mit Deutschlandbezug“ nach Syrien und in den Irak zu kurdischen Milizen ausgereist, teilt das Bundesinnenministerium mit. Vor April 2017 seien es schon 204 Personen gewesen, darunter 69 Deutsche. Von den insgesamt 249 Personen seien laut Ministerium 21, die sich aus Deutschland kommend dem Anti-IS-Kampf kurdischer Gruppen angeschlossen hätten, in Syrien oder im Irak getötet worden. 22 der Kämpfer seien seit April 2017 nach Deutschland zurückgekehrt, davor habe es bereits 102 Rückkehrer gegeben.	26.10.2018

Verfassungsschutz beobachtet mehr als jede zehnte Moschee in NRW	Mehr als jede zehnte Moschee in Nordrhein-Westfalen wird derzeit wegen extremistischer Aktivitäten vom Verfassungsschutz beobachtet. Derzeit stünden 109 der landesweit 850 Moscheegemeinden im Visier des Verfassungsschutzes. Vor einem Jahr beobachtete der Verfassungsschutz noch 45 Moscheen in NRW. 71 der beobachteten Moscheen stehen unter Salafismusverdacht, wie es heißt. Weitere 38 Gemeinden würden dem Einfluss von so genannten „Islamisten“ oder Muslimbruderschaften zugerechnet.	06.11.2018
Durchsuchung in Moscheeverband	Der Moscheeverein „Masjid Arrahman“ in Mönchengladbach wird von der Polizei durchsucht. Etwa 250 Beamte stellen Computer, Speichermedien, Mobiltelefone und schriftliche Unterlagen sicher. Der nordrhein-westfälische Innenminister vermutet so genannte „salafistische und islamistische“ Umtriebe in dem Verein.	13.11.2018
Salafistenszene in Deutschland wächst langsamer	Die Salafistenszene in Deutschland wächst einem Zeitungsbericht zufolge weiter, aber erkennbar langsamer. In den vergangenen Jahren war die Salafistenszene jeweils um mehr als 1.000 Menschen gewachsen. Aktuell gehen die Inlandsgeheimdienste von 11.300 Salafisten in Deutschland aus. Vor drei Jahren waren es noch 8.350 gewesen.	15.11.2018
Soziologe Heitmeyer sieht Trend zu autoritärem Denken in Europa	Der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer sorgt sich um eine Zunahme autoritär-nationalradikaler Positionen. Autoritäre Denkweisen würden immer normaler. Als Schlüssel für die Attraktivität von AfD und rechten Kreisen bezeichnet Heitmeyer den Begriff „Deutschsein“. „Das Deutschsein kann mir niemand nehmen. Das ist dann der sicherheitsversprechende Identitätsanker“, sagt er.	15.11.2018

Institutionalisierung des Islam in Deutschland

Dekanin Rahner: Islam gehört an die Universität	Die Tübinger Wissenschaftlerin Johanna Rahner sieht in der Geschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät der Uni Tübingen ein Vorbild für den Umgang mit dem Islam. Die Dekanin sagte, dass „eine Theologie, die der intellektuellen Kontrolle und dem Legitimitätsdiskurs der Wissenschaften ausgesetzt“ sei, zu einer zeitgemäßen Art der Glaubensvermittlung führe. Zugleich müsse der säkulare Staat einer Radikalisierung des Glaubens vorbeugen, indem er wissenschaftlich geschultes Seelsorge-Personal ausbilde.	10.01.2018
--	---	------------

Militärbischof setzt sich für muslimische Soldaten-Seelsorge ein	Der katholische Militärbischof Franz-Josef Overbeck setzt sich für eine Seelsorge der etwa 1.500 bekannten Soldaten muslimischen Glaubens ein.	10.01.2018
Gefängnis-Seelsorger: Ditib-Imame sollen überprüft werden	Nach der Kritik am Einsatz von Ditib-Imamen als Seelsorger in rheinland-pfälzischen Gefängnissen hat die Landesregierung am Dienstag einem Gesetzentwurf zugestimmt, wonach Personen, die Inhaftierte religiös betreuen, künftig sicherheitsüberprüft werden.	16.01.2018
Experten: Islamic Banking dient der Integration	Das islamische Bankwesen („Islamic Banking“) gewinnt nach Expertenansicht auch in Deutschland an Bedeutung. Durch die Möglichkeit, islamkonform Finanzgeschäfte tätigen zu können, fühlten sich gläubige Muslime hierzulande auch in diesem Lebensbereich ernst genommen, sagte der Mannheimer Finanzberater Ugurlu Soylu in Osnabrück.	19.01.2018
Hamburger CDU will Aussetzung der Staatsverträge mit Muslimen	Die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert die Aussetzung der Staatsverträge mit dem Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg (Schura) und dem Moscheeverband Ditib. Schon im Februar 2017 war ein FDP-Antrag zur Auflösung des Islamvertrags mit den Stimmen der rot-grünen Mehrheit in der Hamburgischen Bürgerschaft abgelehnt worden.	30.01.2018
Muslime enttäuscht über Koalitionsvereinbarung	Der Islamrat zeigt sich enttäuscht von der Koalitionsvereinbarung. Der Schwerpunkt werde zu stark auf Sicherheitsaspekte und Islamismus, aber zu wenig auf die Fortsetzung des Dialogs und auf Integration gelegt, erklärte der Vorsitzende Burhan Kesici am Donnerstag in Köln.	08.02.2018
Sicherheitsüberprüfungen lassen Zahl der Imame in Gefängnissen sinken	In den deutschen Justizvollzugsanstalten (JVAs) sind derzeit rund 110 Imame zur Betreuung muslimischer Gefangener im Einsatz. Früher waren allein in NRW- Gefängnissen 120 Imame tätig. Seit einiger Zeit müssen die Geistlichen in vielen Bundesländern eine Sicherheitsüberprüfung durchlaufen. Imame, die dies ablehnen, dürfen die Gefängnisse nicht mehr betreten. Auch Imame des Verbands Ditib sind von der Regelung betroffen. Dadurch gibt es eine enorme Lücke in der Gefängnisseelsorge.	15.02.2018
Muslimen in der Bundeswehr: Glaube und Beruf oft schwer vereinbar	Aufgrund der islamischen Speisevorschriften wählen viele muslimische Soldaten vegetarische Speisen, da es keine Halal-Verpflegung in der Truppe gibt. Beim Verrichten der Gebete (geeignete Räumlichkeiten) oder der Einhaltung der Gebetszeiten müssen die Soldaten kompromissbereit sein. Besonders im Auslandseinsatz fehlten den muslimischen Soldaten Militärimame oder islamische Seelsorger.	23.02.2018

Keine Lösung im Streit um liberale Moschee in Freiburg in Sicht	In der Katholischen Akademie Freiburg diskutieren Muslime über gescheiterte Integration, die Reform(un)fähigkeit des Islam und die angefeindeten Pläne für eine liberale Moschee. Der muslimische Religionswissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi hat seine Forderungen nach einer grundlegenden Öffnung und Reform des Islam in Deutschland und Europa verteidigt. Dagegen forderte der Publizist und Mediziner Mimoun Azizi eine Kooperation auch mit den konservativen muslimischen Gruppen und warf Ourghi vor, die muslimische Gemeinschaft in Deutschland zu spalten.	23.02.2018
Islam-Institut an der Humboldt-Universität Berlin	Die Humboldt-Universität Berlin plant zum Wintersemester 2019/20 ein islamisch-theologisches Institut zu eröffnen. Damit ist Berlin der sechste deutsche Universitätsstandort für Islamische Theologie. Unter anderem werden vier Professuren ausgeschrieben sowie eine Berufungskommission und ein Institutsbeirat etabliert. Zudem sind zwei weitere Professuren beim Bundesministerium für Bildung und Forschung beantragt.	27.02.2018, 30.06.2018, 10.07.2018
Bayerisches Kopftuchverbot für Rechtsreferendarinnen bestätigt	Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigt, dass Rechtsreferendarinnen im Freistaat kein Kopftuch im Gerichtssaal tragen dürfen. Damit hebt das Gericht eine gegenteilige Entscheidung des Augsburger Verwaltungsgerichts vom 30. Juni 2016 auf.	07.03.2018
Bundesweit erstes lokales muslimisches Bildungswerk gegründet	In Erlangen wird das laut Initiatoren bundesweit erste muslimische Bildungswerk gegründet. Es setzt sich zum Ziel, die Bildungswerke der großen Kirchen auch ein breites Veranstaltungsangebot zu theologischen, politischen und gesellschaftlichen Themen anzubieten. Wesentliche Themen seien Familie, Geschlechterbilder, Erziehung, Diskriminierung, Pflege, umweltbewusstes Handeln und ehrenamtliches Engagement.	12.03.2018
Dreyer: Dialog zu islamischen Verbänden darf nicht abreißen	Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) will am Dialog zu den islamischen Verbänden festhalten. Trotz der Verunsicherungen durch die Entwicklungen in der Türkei dürfe der Gesprächsfaden nicht abreißen, sagt die Politikerin. Es gehe um die Schaffung einer Vertrauensbasis, um mit den Verbänden auch Klartext sprechen und ihnen gegenüber Erwartungen formulieren zu können.	13.03.2018
Wehrbeauftragter für muslimische Seelsorger in der Bundeswehr	Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels pocht erneut auf den Einsatz von muslimischen Seelsorgern in der Bundeswehr. „Imame für die rund 1.500 muslimischen Soldaten wären wünschenswert“, sagt der SPD-Politiker der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Konkret schlägt er ein ehrenamtliches Modell vor.	17.03.2018

Merkel für bundesweite Strukturen bei der Imamausbildung	Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) setzt in der Islam-Debatte auf eigene Strukturen auch mit Blick auf die theologische Ausbildung. „Dass wir uns Jahrzehnte auf türkische Imame für Gastarbeiter verlassen haben, reicht für das 21. Jahrhundert nicht aus“, sagt Merkel in Berlin in ihrer ersten Regierungserklärung der vierten Amtsperiode. Hier müssten Bund und Länder - auch mit Hilfe der Islamkonferenz - zukunftsfähige Strukturen entwickeln.	21.03.2018
Muslimische Verbände und Pax Christi gründen Friedensinitiative	Muslimische Verbände und die katholische Friedensbewegung Pax Christi haben eine gemeinsame Friedensinitiative gegründet. Gründungsmitglieder der Christlich-Muslimischen Friedensinitiative (CMFI) sind die deutsche Sektion der katholischen Friedensbewegung Pax Christi, die Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG), der deutsch-türkische Moscheeverband DİTİB, der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) und der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD).	23.05.2018
Minister Spahn fordert vom Ausland unabhängige Moscheen	Bundesgesundheitsminister und CDU-Präsidiumsmitglied Jens Spahn fordert vom Ausland unabhängige Moscheen in Deutschland. Spahn sagt der „Rheinischen Post“: „Wenn der Islam Teil Deutschlands sein soll, muss die Finanzierung aus dem Ausland ebenso aufhören wie das Modell der aus dem Ausland entsandten Imame, die kein Wort Deutsch sprechen“.	31.03.2018
Forderung nach unabhängigen Moscheen und Imamen in Deutschland	Der Münchner Erzbischof Reinhard Marx plädiert für die Unabhängigkeit von Moscheen und Imamen in Deutschland. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz erklärt im Interview mit dem Magazin „Focus“, dass Imame in Deutschland ausgebildet werden sollten.	31.03.2018
Bischof Dröge für Imam-Ausbildung in Deutschland	Der evangelische Berliner Bischof Markus Dröge befürwortet eine Ausbildung islamischer Geistlicher in Deutschland: „Muslime, die in unserem Land leben, brauchen Imame, die in Deutschland ausgebildet worden sind, um als Muslime in unserem Land wirklich heimisch werden zu können“.	13.04.2018
In Deutschland leben 2,7 Millionen erwachsene Muslime	In Deutschland leben einem Bericht der „Zeit“ zufolge weniger Muslime als bisher vermutet. Nur 2,7 Millionen Erwachsene sind demnach laut eigenen Angaben Muslime. Bisher gab es zu der Zahl der Muslime nur eine Hochrechnung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dem Amt zufolge lebten Ende 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland.	18.04.2018

Seehofer will Islamkonferenz beleben für „deutschen Islam“	Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will für einen besseren Zusammenhalt im Land unter anderem die Deutsche Islamkonferenz neu beleben.	30.04.2018
Mehr Schüler besuchen islamischen Religionsunterricht	Rund 54.000 Schüler in Deutschland besuchen in neun Bundesländern den islamischen Religionsunterricht. Damit ist die Zahl im Vergleich zum Schuljahr 2015/16 um rund 12.000 gestiegen. Zusätzlich besuchen rund 800 Schüler einen alevitischen Religionsunterricht, der in acht Bundesländern angeboten wird. Potentiell gebe es 580.000 Schüler, die einen islamischen Religionsunterricht und etwa 70.000 Schüler, die einen alevitischen Religionsunterricht besuchen könnten.	30.04.2018
Lehrerverband, Mediziner und Familienministerium sehen im Schulalltag Probleme durch Ramadan-Fasten	Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und zahlreiche Ärzte warnen zum Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan vor dem Fasten, insbesondere von Kindern. Auch der Deutsche Lehrerverband sieht striktes Fasten im Schulalltag als problematisch an. Zudem bezeichnen manche deutsche Mediziner in einem Appell an muslimische Eltern das Ramadan-Fasten als „ungesund“.	13.05.2018 bis 22.05.2018
Museum für Islamische Kunst stellt über 11.000 Objekte online	Das Museum für Islamische Kunst der Staatlichen Museen zu Berlin zeigt künftig mehr als 11.000 Objekte seiner Sammlung online. Von 2012 bis 2017 hat ein Team aus Kunsthistorikern, Archäologen, Fotografen, Museumswissenschaftlern und Restauratoren einen Großteil der Sammlung dokumentiert, darunter Datierung, Herkunft, Materialien und Herstellungstechniken.	07.06.2018
Steinmeier: Ramadan mahnt zu friedlichem Zusammenleben	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier spricht sich in seiner Grußbotschaft zum Ende des muslimischen Fastenmonats Ramadan für ein friedliches Zusammenleben aus.	13.06.2018
Islamunterricht in Baden-Württemberg weiter provisorisch	Islamischer Religionsunterricht bleibt in Baden-Württemberg zunächst ein Modellprojekt und wird nicht zum Regelfach. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) beklagt in dem Zusammenhang „sehr schwierige Gespräche“ mit den vier islamischen Verbänden.	19.06.2018

<p>Giffey hält Burkini im Schwimmunterricht notfalls für vertretbar / Diskussion über Körperbedeckungen und Integration von Muslimen / Terre des Femmes fordert Kopftuchverbot für Minderjährige</p>	<p>Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hält es für vertretbar, wenn Schulen die Teilnahme am Schwimmunterricht fördern, indem sie Burkinis erlauben und ausgeben, also Badebekleidung für muslimische Mädchen und Frauen, die bis auf Gesicht, Hände und Füße den gesamten Körper bedeckt. „Das wichtigste ist ja das Wohl der Kinder, und das heißt nun mal, dass alle Schwimmen lernen“, so Giffey. Danach bricht in Deutschland erneut eine Debatte über Körperbedeckungen und Integration von Muslimen aus.</p> <p>Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes fordert mit prominenter Unterstützung ein Kopftuchverbot für minderjährige Mädchen.</p>	<p>25.06.2018</p> <p>24.08.2018</p>
<p>Bundesweit erster christlich-muslimischer Kindergarten</p>	<p>Im niedersächsischen Gifhorn wird zum 1. August die Kita „Abrahams Kinder“ eröffnet. Der Vorsitzende des Trägerkomitees, der katholische Pastoralreferent Martin Wrasmann, spricht vom bundesweit ersten christlich-muslimischen Kindergarten.</p> <p>Unterdessen machen Unbekannte mit Flugblättern gegen die Anfang August in Betrieb genommene Einrichtung mobil und betreiben Hetze.</p>	<p>26.06.2018</p> <p>24.08.2018</p>
<p>NRW will islamischen Religionsunterricht an Berufskollegs</p>	<p>NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP) will den islamischen Religionsunterricht ausweiten und künftig auch an Berufskollegs einführen.</p>	<p>28.06.2018</p>
<p>Katholische Uni startet Zusammenarbeit mit Islamwissenschaftlern</p>	<p>An der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) gibt es eine neue Kooperation zwischen christlicher Theologie und Islamwissenschaften.</p>	<p>30.06.2018</p>
<p>Seyran Ateş plant liberales Islam-Institut</p>	<p>Die Anwältin Seyran Ates plant die Gründung eines liberalen Islam-Institutes. Damit will die Kritikerin einen Gegenentwurf zum Islam-Institut der Berliner Humboldt-Universität starten. Das Institut soll nach ihren Vorstellungen aus der von ihr im Juni 2017 gegründeten Ibn-Rushd-Goethe-Moschee heraus entstehen und so genannten „liberalen Muslimen“ eine Plattform bieten.</p>	<p>03.07.2018</p>
<p>Innenministerium will Islamkonferenz erneuern / Innenministerium: Islamkonferenz soll „deutschen Islam“ definieren</p>	<p>Das Bundesinnenministerium will die Deutsche Islamkonferenz (DIK) neu aufstellen. Dabei sollten die deutschen Muslime einen Islam definieren, „der zu Deutschland gehört“; dies müsse ein „deutscher Islam“ sein, sagt Staatssekretär Markus Kerber. Zudem sollen wieder gerade nicht organisierte Muslime und Einzelpersonen an der Konferenz teilnehmen.</p>	<p>13.07.2018, 14.07.2018</p>
<p>Kretschmann nennt Modell für islamischen Religionsunterricht</p>	<p>Baden-Württemberg will die Struktur für den islamischen Religionsunterricht ändern. Künftig soll es nach einem Vorschlag von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) einen „Sunnitischen Schulrat“ als Stiftung des öffentlichen Rechts geben.</p>	<p>18.07.2018</p>

NRW will muslimischen Religionsunterricht weiter ausbauen	Der muslimische Religionsunterricht an den nordrhein-westfälischen Schulen soll laut Landesregierung weiter ausgebaut werden. Derzeit würden an der Universität in Münster 345 Lehrer für den islamischen Bekenntnisunterricht ausgebildet, erklärt NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP). Im vergangenen Schuljahr sei an 234 Schulen in NRW für insgesamt 19.400 Schüler muslimischer Religionsunterricht erteilt worden, so die Ministerin. Im kommenden Schuljahr sei mit einer erneuten Steigerung zu rechnen.	25.08.2018
Innenministerium konkretisiert geplante Religionsdebatte	Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) löst mit der Forderung nach einer Religionsdebatte gemischte Reaktionen aus. Religionsvertreter begrüßen den Vorstoß im Kern, SPD und Grüne zeigen sich kritisch. Aus dem Ministerium heißt es dazu, es sollten nun dazu Gespräche mit Vertretern der Kirchen sowie der muslimischen Verbände geführt werden. Ferner gehöre zu der angestoßenen Debatte auch die Neukonzeption der Deutschen Islamkonferenz.	25.08.2018
Volker Beck fordert Mut in Religionsdebatte	Der Grünenpolitiker Volker Beck fordert von Bundesinnenminister Horst Seehofer mehr Gestaltungswillen in der Religionspolitik. Es fehle parteiübergreifend eine klare Ansage, dass sich islamische Verbände von politischen Identitäten und Abhängigkeiten lösen müssten. „Klarheit wäre auch eine Ermutigung an eine junge Generation deutscher Muslime, hier das Heft des Handelns verstärkt selbst in die Hand zu nehmen und einen Schnitt zu den Organisationsformen ihrer Eltern und Großeltern zu vollziehen“, fordert der Politiker.	28.08.2018
NRW-Staatssekretärin Güler für Zusammenschluss liberaler Muslime	Die nordrhein-westfälische Integrationsstaatssekretärin Serap Güler (CDU) wirbt für einen Zusammenschluss der liberalen Muslime in Deutschland. „Viele Muslime in Deutschland sind liberal, aber die Verbände, die lediglich 20 Prozent der Muslime vertreten, sind konservativ und bestimmen die Debatte“, so Güler gegenüber der „Rheinischen Post“.	29.08.2018
Seehofer trifft Zentralrat der Muslime zu erstem Gespräch	Der Vorsitzende des Zentralrates der Muslime in Deutschland (ZMD), Aiman Mazyek, kommt auf Einladung von Bundesminister Horst Seehofer (CSU) zu einem ersten Gespräch mit dem Minister zusammen. In dem Gespräch geht es laut ZMD um die Institutionalisierung des Islams in Deutschland, eine nachhaltige Bekämpfung des Extremismus und eine Kultur des Zusammenhalts und der Toleranz.	31.08.2018

Kerber: Muslime sollen in Deutschland eigene Religiosität finden	Das Bundesinnenministerium will stärker gegen eine Einflussnahme aus dem Ausland auf in Deutschland lebende Muslime vorgehen und dabei auch Konflikte mit der Türkei in Kauf nehmen. Das kündigt Staatssekretär Markus Kerber an. In einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ sagt er, „wir haben viel zu lange dabei zugesehen, wie Kräfte aus dem Ausland den deutschen Muslimen vorschreiben, wie sie ihre Religion zu leben haben“.	03.09.2018
Niedersachsen will Lehrer- und Imam-Ausbildung koppeln	Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU) schlägt eine Koppelung der Ausbildung von Lehrern und Imamen vor. Absolventen des Master-Studiengangs „Islamische Theologie“ an der Universität Osnabrück könnten künftig jeweils zur Hälfte in den Moscheegemeinden und in Schulen eingesetzt werden, sagt der Minister der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.	13.09.2018
Zentralrat der Muslime fordert bundesweit duale Imam-Ausbildung	Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) fordert bundesweit eine duale Imam-Ausbildung nach dem derzeit in Niedersachsen diskutierten Modell. Im Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ begrüßt der Zentralratsvorsitzende Aiman Mazyek den Vorschlag von Niedersachsens Wissenschaftsminister Björn Thümler (CDU) als vorbildlich.	14.09.2018
Herder-Verlag startet Mammut-Projekt eines Koran-Kommentars	Der Herder-Verlag stellt auf der Frankfurter Buchmesse den ersten Band eines historisch-kritischen Koran-Kommentars vor. Das wissenschaftliche Mammut-Projekt ist auf insgesamt 17 Bände angelegt und wird vom Münsteraner Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide herausgegeben.	12.10.2018
Steinmeier ruft zu mehr Dialog zwischen Christen und Muslimen auf	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fordert Christen und Muslime zu mehr Dialog und Begegnung auf. „Statt endlos darüber zu diskutieren, ob der Islam zu Deutschland gehört, sollten wir uns vielleicht als Christen untereinander und mit unseren muslimischen Nachbarn darüber unterhalten, wie es Christentum und Islam gelingen kann, auf die Fragen der jungen Menschen wirklich überzeugende Antworten zu geben“, sagt Steinmeier bei einem Festakt der Deutschen Bischofskonferenz „40 Jahre Christlich-Islamische Begegnungs- und Dokumentationsstelle (CIBEDO)“.	19.10.2018
Grundstein für Erfurter Moschee-Neubau gelegt	Der Grundstein für den ersten Moschee-Neubau Ostdeutschlands außerhalb von Berlin wird in Erfurt gesetzt. Die Ahmadiyya-Gemeinde baut das Gotteshaus mit acht Meter hohem Zierminarett und Kuppel am Rande eines Gewerbegebiets.	13.11.2018

Islamwissenschaftler für kritische Selbstreflexion des Koran	In Deutschland lehrende Islamwissenschaftler plädieren, den Islam einer kritischen theologischen Selbstreflexion zu unterziehen. Eine Religion, die keine Akademisierung erfahre, habe keine Zukunft, erklärt Armina Omerika, von der Universität Frankfurt am Main. Zudem sagt sie, dass ihre Studenten die islamischen Glaubensgrundlagen hinterfragen und einen anderen Islam als ihr Eltern und Großeltern leben wollen. Auch ihr Kollege Abdel-Hakim Ourghi von der Pädagogischen Hochschule Freiburg spricht sich dafür aus. Ourghi macht sich stark für einen so genannten „liberalen Islam“. Nur ein solcher gehöre zu Deutschland. Große islamische Dachverbände hält der Wissenschaftler für unnötig.	16.11.2018
Kopftuch-Urteil: Berlin muss Lehrerin Entschädigung zahlen	Das Berliner Landesarbeitsgericht spricht einer wegen ihres Kopftuchs abgelehnten Lehrerin Entschädigung zu.	28.11.2018
Innenminister Seehofer eröffnet vierte Phase der Islamkonferenz	Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) eröffnet mit einer Grundsatzrede die Deutsche Islam Konferenz (DIK) in Berlin. Das zweitägige Treffen mit 240 Teilnehmern ist der Auftakt der vierten Phase der 2006 gestarteten Islamkonferenz und soll zugleich ein Neustart im Dialog mit den Muslimen in Deutschland sein. Bei der Konferenz diskutieren Vertreter deutscher Stellen sowie muslimischer Verbände und Organisationen, aber auch unabhängige und säkulare Muslime. Für Kritik bei Muslimen sorgt, dass auf der Konferenz Schweinefleisch und Alkohol serviert wird.	28.11.2018
Innenminister Herrmann für Ausweitung des Islamunterrichts in Bayern	Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) macht sich für einen Ausbau des Islamunterrichts in seinem Land stark. Derzeit nehmen etwa 15 Prozent aller muslimischen Schüler im Freistaat daran teil. Nach Herrmann vermittele der Modellversuch, der Ende 2019 ausläuft, eine Koranauslegung im Einklang mit der deutschen Rechts- und Werteordnung. Dadurch wirke er integrativ und beuge einer Radikalisierung vor.	28.11.2018
Debatte über Moschee-Steuer in Deutschland	Um den Einfluss aus dem Ausland zu minimieren fordern Politiker/innen der Großen Koalition und marginale Akteure die Einführung einer Moschee-Steuer für Muslime in Deutschland. Experten betrachten die Idee kritisch.	22.12.2018 bis 31.12.2018

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus & Islamophobie

Özoguz: Diskriminierung ist Gift für Zusammenhalt	Für die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), ist Diskriminierung „Gift für den Zusammenhalt unseres Landes“. Dass Äußerlichkeiten zu Ausgrenzung und schlechteren Integrationschancen führen könnten, sei nicht hinnehmbar, teilt das Büro der Staatsministerin in Berlin mit.	16.01.2018
Muslime verurteilen Anschläge auf Moscheen	Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) verurteilt Anschläge auf Moscheegemeinden und ruft die Behörden auf, die Sicherheit zu gewährleisten. Die Kämpfe im Norden Syriens würden zum Anlass genommen, um vermehrt gegen türkische Einrichtungen und insbesondere Moscheen zu hetzen und den Terror nach Deutschland zu tragen, erklärt der KRM in Köln.	24.01.2018
Moscheebesucher in Halle durch Schuss verletzt	Kay Gottschalk, Vizeparteichef der AfD und Bundestagsabgeordneter ruft zum Boykott türkischer Geschäfte in Deutschland auf.	25.01.2018
Moscheebesucher in Halle durch Schuss verletzt	Das Islamische Kulturzentrum in Halle/Saale sei nach Angaben des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD) wiederholt beschossen worden. Durch den Schuss sei ein Besucher vor dem Gotteshaus an der Hand verletzt worden. Der ZMD ruft Sachsen-Anhalts Landesregierung auf, den Schutz der Muslime in dem Bundesland sicherzustellen.	06.02.2018
Integrationsbeauftragte besorgt über Angriffe auf Gotteshäuser	Die scheidende Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoğuz (SPD), ist besorgt über eine steigende Anzahl von Angriffen auf Kirchen, Moscheen und Synagogen. Sie äußert sich bei einem Besuch des Islamischen Kulturzentrums in Halle/Saale, das mehrfach attackiert wurde. Die SPD-Politikerin erklärt, es sei kein Zufall, dass auf verbale Hetze immer häufiger Taten folgten. Dies müsse „alarmieren“.	14.02.2018
AfD-Abgeordneter Jens Maier nach rassistischem Tweet im Visier der Staatsanwälte	Die Staatsanwaltschaft Dresden leitet ein Ermittlungsverfahren gegen den AfD-Bundestagsabgeordneten Jens Maier wegen des Verdachts der Beleidigung ein. Außerdem ist die Immunität von Maier für die Dauer des Verfahrens aufgehoben. Maier hatte den Sohn von Ex-Tennis-Profi Boris Becker, Noah Becker, auf Twitter als „Halbneger“ beschimpft.	14.02.2018

AfD-Politiker Poggenburg löst mit Türken-Hetze Entsetzen aus	Beim politischen Aschermittwoch seiner Partei im sächsischen Nentmannsdorf verunglimpft Sachsen-Anhalts AfD-Chef André Poggenburg die in Deutschland lebenden Türken pauschal als „Kümmelhändler“ und „Kameltreiber“, die in Deutschland „nichts zu suchen und nichts zu melden“ haben. Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft beschimpft er als „heimat- und vaterlandsloses Gesindel“. Er wird dafür von mehreren türkischen Organisationen angezeigt.	15.02.2018
Mehr Angriffe auf Juden und Muslime als auf Christen	Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland rund 20 Mal mehr antisemitische und antimuslimische Straftaten als Übergriffe auf Christen. Demnach wurden 2017 im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes 1.495 politisch motivierte Straftaten mit antisemitischem Hintergrund erfasst, 1.069 mit islamfeindlichem Hintergrund und 127 mit christenfeindlichem Hintergrund. Insgesamt stehen damit 2.564 Straftaten gegen Juden und Muslime 127 Straftaten gegen Christen gegenüber.	16.02.2018
ZMD begrüsst Antisemitismusbeauftragten und fordert zusätzlich wegen wachsender Islamfeindlichkeit einen Antirassismusbeauftragten	Mit der Berufung eines Antisemitismus-Beauftragten geht der Bundestag entschieden gegen antijüdische Ressentiments und Hetze vor. Fachleute und Organisationen wie der Zentralrat der Muslime (ZMD) fordern jedoch aufgrund steigender Islamfeindlichkeit zusätzlich einen Antirassismus-Beauftragten.	19.02.2018
Bundestag debattiert über AfD-Antrag zur Vollverschleierung	Die AfD fordert ein vollständiges Verbot der Vollverschleierung im öffentlichen Raum. Von einem generellen Verbot wären nicht nur einheimische Musliminnen betroffen, sondern auch arabische Touristinnen und verschleierte Frauen, die etwa zu einer medizinischen Behandlung nach Deutschland kommen.	19.02.2018
AfD sieht sich mit Vorwurf von Rassismus konfrontiert	Bundestagsabgeordnete von Union, SPD, FDP und Grünen kritisieren im Bundestag die AfD für ihre verbalen Entgleisungen. Die Aussagen der AfD seien „menschenverachtend“, es handele sich um „offenen und ekelhaften Rassismus“, sagt der Grünen-Abgeordnete Konstantin von Notz. „Sie benutzen fast täglich Nazi-Vokabular, Sie plakatieren im Wahlkampf NPD-Parolen, Sie versuchen unsere Gesellschaft zu spalten und zu entsolidarisieren.“	23.02.2018

Mehr als 2200 Angriffe auf Flüchtlinge im Jahr 2017	2017 hat es nach Angaben der Bundesregierung 2219 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte gegeben. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Parlamentsanfrage der Linkspartei hervor. Zu den Delikten zählten gefährliche Körperverletzung, Sachbeschädigung, Beleidigung, Volksverhetzung, Hausfriedensbruch, schwere Brandstiftung und Sprengstoffexplosionen. Dem Bericht zufolge gab es vergangenes Jahr 1906 Angriffe auf Flüchtlinge sowie 313 Anschläge und Überfälle auf Flüchtlingsunterkünfte. Dabei seien mehr als 300 Menschen verletzt worden.	27.02.2018
Mindestens 950 Angriffe auf Muslime und Moscheen im Jahr 2017	2017 gab es in Deutschland mindestens 950 Angriffe auf Muslime und muslimische Einrichtungen wie Moscheen. 33 Menschen wurden dabei verletzt; die Behörden registrierten allein knapp 60 Anschläge, Schmierereien und Schändungen, etwa mit Schweißblut, auf Moscheen und sonstige islamische Einrichtungen. In fast allen Fällen waren den Angaben zufolge die Täter Rechtsextreme.	03.03.2018
Lange Haftstrafen für rechtsextreme Gruppe „Freital“	Wegen Sprengstoffanschlägen auf Asylheime und politische Gegner in Sachsen sind acht Mitglieder der rechtsextremen Gruppe Freital zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.	07.03.2018
Zentralrat der Muslime nennt AfD verfassungsfeindlich	Mit der Abschaltung der sozialen Internetnetzwerke reagiert Sri Lanka auf die anhaltende Gewalt extremistischer Buddhisten gegen Muslime. Als Drahtzieher der antimuslimischen Gewalt gilt laut Medien in Sri Lanka der buddhistische Mönch Galagoda Atte Gnanasara, Generalsekretär der militanten Mönchsorganisation Bodu Bala Sena („Buddhistische Machtruppe“).	08.03.2018
162 islamfeindliche Straftaten im letzten Quartal 2017	Die Sicherheitsbehörden registrieren für das letzte Quartal des vergangenen Jahres 162 islamfeindliche Straftaten. Die Fälle reichen von Körperverletzung, Sachbeschädigung, Volksverhetzung, Beleidigung bis hin zum Hausfriedensbruch.	09.03.2018
Buddhistische Gewalt gegen Muslime in Sri Lanka eskaliert	Nach einer Eskalation der Gewalt von Buddhisten gegen Muslime in Sri Lanka sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen für Ende März geplanten Besuch in dem Land ab. Aufgrund der Gewalt verhängt Präsident Maithripala Sirisena den Ausnahmezustand und lässt zudem die sozialen Netzwerke blockieren.	09.03.2018

Bundesregierung: 18 Straftaten mit christenfeindlichem Motiv	Im Jahr 2017 sind nach vorläufigen Erhebungen in Deutschland 18 Straftaten mit christenfeindlicher Motivation gegen Personen verübt worden. Darunter seien ein Tötungsdelikt, zwölf Fälle von Körperverletzung und drei Fälle von Nötigung oder Bedrohung gewesen, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion.	12.03.2018
UN bezeichnen Angriffe auf Muslime in Myanmar als „Genozid“	Die Vereinten Nationen (UN) bezeichnen das Vorgehen gegen die muslimische Minderheit der Rohingya in Myanmars Teilstaat Rakhine als Genozid. Die Schuldigen müssten zur Verantwortung gezogen werden, verlangt die UN-Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in Myanmar, Yanghee Lee.	12.03.2018
Zentralrat der Muslime schließt nach Drohung Geschäftsstelle	Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) schließt „bis auf weiteres“ seine Zentrale in Köln. In der Geschäftsstelle sei ein anonymes Brief mit einer Morddrohung eingegangen. Zudem habe sich in dem Umschlag weißes Pulver gefunden, das sich aber als ungefährlich herausgestellt habe.	14.03.2018
Muslime beklagen Anschläge und fehlende Solidarität	Vertreter unterschiedlicher muslimischer Religionsgemeinschaften verurteilen die jüngsten Anschläge auf Moscheen scharf. Zugleich werfen der Zentralrat der Muslime (ZMD), der Koordinationsrat der Muslime (KRM) sowie der Islamrat (IR) Politik und Gesellschaft mangelhafte Solidarität vor.	15.03.2018
Horst Seehofer: „Islam gehört nicht zu Deutschland“ – Debatte über deutsche Identität und Islam / Zentralrats-Präsident Schuster: „Islam gehört im Jahr 2018 zu Deutschland“	Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hält den Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ für falsch. „Nein. Der Islam gehört nicht zu Deutschland. Deutschland ist durch das Christentum geprägt“, so der CSU-Politiker. Für ihn gehören jedoch „hier lebende Muslime selbstverständlich zu Deutschland“. Zahlreiche Parteipolitiker, Kirchenvertreter und gesellschaftliche Akteure beteiligen sich in den laufenden Tagen an der Debatte. Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, widerspricht der Islam-Aussage von Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Er sagt: „Im Jahr 2018 gehört der Islam zu Deutschland“.	16.03.2018 bis 20.04.2018 15.07.2018
Bundesregierung verurteilt nachdrücklich Anschläge auf Moscheen	Die Bundesregierung verurteilt die Anschläge auf Moscheen und muslimische Einrichtungen in Deutschland mit aller Schärfe. Regierungssprecher Steffen Seibert spricht von nie zu rechtfertigenden, „widerwärtigen“ Taten. Die Täter müssten ermittelt und zur Rechenschaft gezogen werden.	16.03.2018

Hasspostings gegen Muslime in Österreich auf Höchststand	In Österreich wurden im Jahr 2017 so viele rassistische Vorfälle verzeichnet wie noch nie. Dabei gehe der Anstieg vor allem auf die Zunahme von Internet-Hasspostings gegen Muslime und Flüchtlinge zurück, heißt es in einem veröffentlichten Bericht des Vereins „ZARA - Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit“.	21.03.2018
Warnung vor Judenhass in Deutschland durch Flüchtlinge	Der Direktor des Simon Wiesenthal Centers in Los Angeles, Rabbi Meyer May, warnt vor wachsendem Judenhass in Deutschland durch muslimische Flüchtlinge.	23.03.2018
Politiker und Vertreter kritisieren religiöses Mobbing an Schulen / Erfassung antisemitischer Vorfälle / Antisemitismusdebatte	Außenminister Heiko Maas (SPD) kritisiert Antisemitismus und religiöses Mobbing unter Schülern in Deutschland. Weitere Politiker, Kirchenvertreter, staatliche- und gesellschaftliche Akteure beteiligen sich an der Debatte. Hintergrund ist ein Vorfall an einer Berliner Schule, in der eine jüdische Schülerin von Schülern beleidigt wurde. Des Weiteren wird in Berlin ein Kippa tragender Mann von einem Mann geschlagen, was bundesweit für Empörung und Solidarität mit Juden führt. In seinem Geständnis zum Prozessbeginn entschuldigt sich der 19-jährige Syrer für seine Tat. Außerdem gibt es vermehrt Forderungen nach der genauen Erfassung von antisemitischen Vorfällen in Deutschland.	25.03.2018 bis 27.04.2018 19.06.2018
Mazyek verspricht Kampf gegen Antisemitismus unter Flüchtlingen	Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) bezeichnet Antisemitismus als Sünde und sagt ein engagiertes Eintreten des Verbandes gegen Judenfeindlichkeit unter Flüchtlingen zu. „Antisemitismus, Rassismus und Hass sind große Sünden im Islam“, so Verbandsvorsitzender Aiman Mazyek.	24.04.2018
Kopftuchdebatte: NRW erwägt Kopftuchverbot für unter 14-Jährige / NRW-Schulministerium schließt Kopftuch-Verbot an Grundschulen aus / Parteitag der NRW-CDU debattiert über Kopftuchverbot für Kinder / Klöckner nennt Burkinis für Mädchen „einen Fehler“ / Terre des Femmes fordert Kopftuchverbot für muslimische Kinder / Thüringens Ministerpräsident hält nichts von Kopftuchverbot	Nordrhein-Westfalen erwägt ein Kopftuchverbot für Mädchen unter 14 Jahren. Religionsunmündige Kinder dürften nicht dazu gedrängt werden, ein solches Kleidungsstück zu tragen, sagt Landesintegrationsminister Joachim Stamp (FDP). Unterstützung für seinen Vorstoß erhält Stamp von NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Auch Lehrer- und Philologenverbände unterstützen das Vorhaben. Laut Äußerungen von NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP), sei der Gesetzentwurf, der Schülerinnen das Tragen eines Kopftuchs an Grundschulen verbietet, nicht mehr geplant. Es lägen keine Hinweise vor, dass Kopftücher den Schulfrieden stören. Die Bundesministerin für Landwirtschaft und Ernährung, Julia Klöckner (CDU), bezeichnet das Tragen von Burkinis bei Mädchen im Schwimmunterricht als „Fehler“. Die Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes fordert mit prominenter Unterstützung ein Kopftuchverbot für minderjährige Mädchen. Dagegen hält Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) ein Kopftuchverbot für wenig zielführend.	07.04.2018 bis 21.04.2018 04.05.2018, 24.05.2018, 06.06.2018, 08.06.2018, 29.06.2018, 24.08.2018, 26.08.2018

Deutsches Islamforum: 40 Anschläge auf Moscheen in 2018	Das Deutsche Islamforum bezeichnet die seit Monaten anhaltenden Anschläge auf Moscheen in Deutschland als „erschreckend“. Seit Jahresbeginn habe es bereits 40 Angriffe auf Moscheen gegeben, so der Sprecher des Forums, Jürgen Micksch.	18.04.2018
Muslime verurteilen Angriff auf elfjähriges Mädchen in Osnabrück	Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) verurteilt einen Angriff auf ein elfjähriges muslimisches Mädchen in Osnabrück als schändlich und rassistisch. Die Tat, in der dem Mädchen ihr Kopftuch vom Haupt gerissen wurde, stehe in direktem Zusammenhang mit einem „sich verbreitenden, antimuslimischen Klima in der Gesellschaft“, teilt der ZMD mit.	02.05.2018
Klein fordert Muslime zu mehr Engagement gegen Judenhass auf	Der neue Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, fordert die Muslime in Deutschland zu mehr Engagement gegen Antisemitismus auf. „Ich würde mir wünschen, dass die Muslime in Deutschland den Kampf gegen Antisemitismus auch als ihren Kampf ansehen, der ihnen auch Vorteile bringt“, sagt Klein.	06.05.2018
Unverständnis über vermeintliches Kopftuchverbot an Schule	Ein vermeintliches Kopftuchverbot an der Geschwister-Scholl-Schule im hessischen Steinbach sorgt für Unverständnis. An hessischen Schulen gibt es kein allgemeines Kopftuchverbot.	08.05.2018
Grübel macht AfD für Übergriffe auf Muslime mitverantwortlich	Der Beauftragte der Bundesregierung für Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), wirft der AfD vor, mit negativen Äußerungen über den Islam Übergriffe auf Muslime zu befördern.	21.05.2018
Islamfeindliche Straftaten in Deutschland weiter auf hohem Niveau	In den ersten drei Monaten 2018 sind in Deutschland 157 islamfeindliche Straftaten verübt worden. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion hervor.	25.05.2018, 01.06.2018
Antisemitismusbeauftragter will Hetze gegen Muslime unterbinden	Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, beklagt in der Debatte über „muslimischen Antisemitismus“, dass sie vor allem von Nicht-Muslimen geführt werde. „Muslime sind nicht geborene Antisemiten, und wir müssen jede Vorverurteilung und Hetze unterbinden“, sagt er im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).	25.05.2018

Dänemark verbietet Burka und Nikab in der Öffentlichkeit / Burkaverbot in Dänemark tritt in Kraft – Gegner demonstrieren	<p>Dänemark verbietet ab August das Tragen der Burka und des Nikab in der Öffentlichkeit. Das Parlament in Kopenhagen stimmt einem Gesetz zu, das die islamische Voll- oder Gesichtverschleierung in öffentlichen Räumen untersagt.</p> <p>In Dänemark wird das Tragen von Burka oder Nikab in der Öffentlichkeit ab sofort bestraft. Das Parlament in Kopenhagen hatte Ende Mai mit einer Mehrheit von 75 zu 30 Stimmen einem Gesetz zugestimmt, das die islamische Voll- oder Gesichtverschleierung in öffentlichen Räumen ab diesem August verbietet. Damit ist das Tragen von Burka oder Nikab ähnlich wie in Frankreich, Belgien oder Österreich künftig in Dänemark mit Strafen belegt. In Deutschland verfolgt die AfD ähnliche Bestrebungen.</p>	<p>31.05.2018</p> <p>01.08.2018</p>
Studie zeigt islamfeindliche Haltungen bei Jugendlichen	<p>Nach Ergebnissen einer Studie der Universität Duisburg-Essen prägen bei vielen Jugendlichen islamfeindliche Haltungen häufig das Bild von Muslimen. Dabei werde der Islam häufig mit Unterdrückung und Islamismus verbunden, erklärt die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor als eine der Autoren.</p>	<p>06.06.2018</p>
Rund 450 Neonazis sind untergetaucht	<p>Ende März 2018 habe die Polizei bundesweit 594 Fahndungen nach 457 Neonazis registriert, berichtet die „Passauer Neue Presse“ unter Berufung auf eine Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linken-Bundestagsfraktion. Das seien 44 gesuchte Personen weniger als im September 2017.</p>	<p>12.06.2018</p>
Zentralrat der Muslime fordert „ehrlche Debatte“ über Rassismus	<p>Der Vorsitzende des ZMD, Aiman Mazyek, fordert eine „ehrlche Debatte über strukturellen Rassismus“. Integration sei kein Sonderthema, das nur Flüchtlinge und den Islam betreffe, sagte er der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Es gebe auch nicht wenige Bio-Deutsche, die nicht integriert seien.</p>	<p>14.06.2018</p>
Experte: Antisemitismus hat in Deutschland „eher“ abgenommen	<p>In einem Gastbeitrag für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt Thomas Petersen vom Institut für Demoskopie Allensbach, dass der Antisemitismus trotz der jüngsten Vorfälle in Deutschland „eher“ abgenommen habe. Das bedeutete jedoch nicht, dass er kein Problem darstelle. Insgesamt sei der Antisemitismus „vorwiegend ein Phänomen der politischen Rechten“, so Petersen.</p>	<p>14.06.2018</p>
Neue Allianz will Bewusstsein für Islamfeindlichkeit schärfen	<p>Mit einer Allianz unter dem Titel „Claim“ wollen 35 Organisationen und Projekte das Bewusstsein für Islam- und Muslimfeindlichkeit schärfen. Im vergangenen Jahr wurden in der ersten Kriminalstatistik zu Islamfeindlichkeit 1.075 Übergriffe auf Muslime und muslimische Einrichtungen registriert.</p>	<p>27.06.2018</p>

NRW unterstützt Muslime im Kampf gegen Antisemitismus	Bei der Bekämpfung von Antisemitismus bekommt der Zentralrat der Muslime (ZMD) finanzielle Unterstützung der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Das vom Zentralrat initiierte Projekt „Vielfalt zum Anfassen: Schüler*innen gegen Antisemitismus“ soll bis Ende 2019 eine Förderung von 160.000 Euro aus Landesmitteln erhalten.	05.07.2018
Gerichtsstreit über Thilo Sarrazins neues Islam-Buch	Mit seinem neuen Buch über den Islam streitet sich Thilo Sarrazin mit seinem Verlag. Es geht um die Veröffentlichung des Buchs mit dem Titel: „Feindliche Übernahme - wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“.	09.07.2018
Haftstrafen im NSU-Prozess	Nach dem Urteilspruch gegen Beate Zschäpe im NSU-Prozess fordern Verbände und Menschenrechtsorganisationen weitere Aufklärung und eine breite gesellschaftliche Debatte. Vor allem den Sicherheitsbehörden wird mangelhaftes Aufklären vorgeworfen.	11.07.2018
Kaufbeurer stimmen bei Bürgerentscheid gegen Moscheebau	Die Einwohner Kaufbeurens sprechen sich mehrheitlich gegen den Bau einer Moschee auf einem städtischen Grundstück aus. Nach Angaben der Stadt im Ostallgäu votieren bei einem Bürgerentscheid etwa 59,6 Prozent dagegen.	22.07.2018
Debatte um Rassismus und Integration nach Özil-Rücktritt	Der Rücktritt des Fußballers Mesut Özil aus der Nationalmannschaft und seine Erklärung sorgen für viele Reaktionen zur Lage von Integration und Rassismus in Deutschland.	24.07.2018 bis 29.07.2018
Umfrage: Jeder fünfte teilt Rassismuskorwürfe von Mesut Özil	In einer aktuellen RTL-Umfrage teilen 19 Prozent der Befragten die Rassismuskorwürfe von Mesut Özil gegenüber den Medien, 70 Prozent halten sie für nicht berechtigt.	24.07.2018
Umfrage: Mehrheit der Deutschen sieht Zunahme von Rassismus	Eine Mehrheit der Deutschen ist einer Umfrage zufolge der Meinung, dass Rassismus in den vergangenen zehn Jahren zugenommen habe. Laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für „Bild am Sonntag“ sagen 57 Prozent der Befragten, dass Rassismus in dem Zeitraum eher zugenommen habe.	29.07.2018
Zahl gemeldeter antisemitischer Straftaten steigt deutlich	Die Zahl gemeldeter antisemitischer Straftaten hat im ersten Halbjahr deutlich zugenommen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg sie von 362 auf 401 - ein Anstieg um 10,7 Prozent, wie aus der Antwort der Bundesregierung auf die Abfrage der Linken-Abgeordneten Petra Pau hervorgeht.	09.08.2018

Weiterhin Angriffe auf Muslime und Moscheen in Deutschland	Die Angriffe auf Muslime und Moscheen in Deutschland sind im ersten Halbjahr etwas zurückgegangen, allerdings gab es dabei mehr Verletzte. Insgesamt wurden zwischen Januar und Juni 2018 320 anti-muslimische Straftaten registriert (Erstes Quartal: 196, zweites Quartal: 124 Straftaten). Im als im ersten Halbjahr 2017 waren es noch knapp 500. Im ersten Halbjahr 2018 zählten die Behörden 25 Verletzte. Im Vorjahreszeitraum waren es 18 Verletzte.	23.08.2018
Hetze gegen Zwei-Religionen-Kita	Unbekannte machen mit Flugblättern gegen die Anfang August in Betrieb genommene christlich-muslimische Kita „Abrahams Kinder“ in Gifhorn mobil. Die Flyer werden unter anderem zu Gottesdiensten in Kirchen ausgelegt. Sie enthalten unter anderem aus dem Kontext gerissene Äußerungen von Politikern und hetzen gegen den Islam-Verband DITIB.	24.08.2018
Kirchen und Verbände entsetzt über Ereignisse in Chemnitz	Nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Chemnitz warnt der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) Heinrich Bedford-Strohm vor einer „schleichenden Verschiebung des gesellschaftlichen Grundkonsenses“. Die katholische Kirche werde Rassismus und „Migranten-Bashing“ immer in aller Deutlichkeit zurückweisen, sagt der Leiter des Kommissariats der katholischen Bischöfe bei der Bundesregierung, Karl Jüsten. Der Gewerkschaftsdachverband dbb erklärt, dass Extremisten nicht für den Staat arbeiten können.	30.08.2018
Sarrazin spricht von Islamisierung in zwei bis drei Generationen	Der SPD-Politiker und Buchautor Thilo Sarrazin verteidigt bei der Vorstellung seines neuen Buches „Feindliche Übernahme“ seine Thesen zum Islam. Allein die Geburtenraten zeigten, dass in „zwei bis drei Generationen“ Muslime die Mehrheit in Deutschland stellen könnten, so Sarrazin.	31.08.2018
Bomben-Attentäter auf Dresdner Moschee verurteilt	Rund zwei Jahre nach Sprengstoffanschlägen auf eine Moschee und ein Kongresszentrum in Dresden ist das Urteil gefällt: Wegen versuchten Mordes, der Herbeiführung von Sprengstoffexplosionen und versuchter besonders schwerer Brandstiftung muss der 31 Jahre alte Täter für knapp zehn Jahre in Haft.	01.09.2018
Zentralrat der Muslime verurteilt Anschlag auf Al-Nour-Moschee	Auf eine zur Moschee umfunktionierte Kirche in Hamburg wird ein fremdenfeindlicher Anschlag verübt. Unbekannte sprühen Parolen wie „Deutschland den Deutschen“, „Anti-Christ“ und „Vergewaltiger“ an die Außenwände und auf das Pflaster im Eingangsbereich der neuen Hamburger Al-Nour-Moschee.	04.09.2018

FDP-Politiker fordern klare Haltung gegenüber politischem Islam	FDP-Chef Christian Lindner und NRW-Integrationsminister Joachim Stamp dringen auf eine klare Haltung gegenüber einem politisch-konservativen Islam. Eine klare Haltung gegenüber einem politisch-konservativen Christen- oder Judentum erwähnen die FDP-Politiker nicht.	08.10.2018
Scharfe Kritik an AfD-Antrag zum Islam	Ein AfD-Antrag zum Umgang mit dem Koran stößt von Abgeordneten aller anderen Bundestagsfraktionen auf scharfe Kritik. Der an die Bundesregierung gerichtete Antrag der AfD fordert, „geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die Verbreitung von im Koran enthaltenen gesetzwidrigen Inhalten und Aufrufen zu unterbinden“.	11.10.2018
Studie sieht Zunahme von Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	Laut der Studie „Flucht ins Autoritäre“ der Universität Leipzig zufolge nimmt die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zuletzt wieder zu. Von 2016 bis 2018 stieg der Anteil an Menschen, die sich in einer Befragung geschlossen ausländerfeindlich äußerten, demnach von rund 20,4 auf 24,1 Prozent.	07.11.2018
Antisemitismus-Beauftragte: AfD schuld an Judenfeindlichkeit	Die nordrhein-westfälische Antisemitismus-Beauftragte, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), macht die AfD für eine zunehmende Judenfeindlichkeit in Deutschland verantwortlich. Die Partei sei gegen eine offene Gesellschaft und das Zusammenleben verschiedener Kulturen, erklärt die Antisemitismus-Beauftragte.	13.11.2018
Fast 580 Angriffe auf Muslime und Moscheen – So viele Verletzte wie nie zuvor	Die Zahl der Angriffe auf Muslime ist laut der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion zwar rückläufig, doch steige die Zahl der Verletzten deutlich. Zwischen Januar und Ende September 2018 habe es knapp 580 islamfeindliche Straftaten gegeben. Im gleichen Zeitraum 2017 seien es rund 780 gewesen. Bei den Übergriffen seien 2018 laut Ministerium bereits 40 Menschen verletzt worden und damit deutlich mehr als 2017 mit insgesamt 32 Verletzten.	12.12.2018

Umfrageergebnisse & Neue Studien 2018

Umfrage: Imageverlust für Islam - Gemischtes Bild bei Kirchen	Der Islam und der Zentralrat der Muslime haben laut dem jüngsten „Vertrauens-Ranking“ von ntv und RTL im vergangenen Jahr einen deutlichen Imageverlust hinnehmen müssen. Bei den Kirchen fällt die Bilanz gemischt aus. Unter 26 „nicht-politischen“ und „gesellschaftlich relevanten“ Institutionen landet der Zentralrat der Muslime (ZMD) auf Rang 23. Der „Islam“ erreicht nur Rang 24. Für die niedrigen Vertrauenswerte von Islam und Zentralrat macht forsa-Chef Manfred Güllner „islamistisch“ motivierte Anschläge verantwortlich.	02.01.2018
Studie des KFN zu muslimischen Schülern in Niedersachsen	Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) stellt eine Studie zu muslimischen Schülern vor und kommt zu dem Ergebnis, dass jeder dritte muslimische Schüler im Namen der Religion kämpfen würde. Die Studienautoren verweisen jedoch darauf, dass der Anteil von Muslimen mit extremistischen Ansichten im Vergleich zu den Raten von rechtsextrem und linksextrem eingestellten Jugendlichen „nicht übermäßig hoch“ sei.	10.01.2018
UN-Studie zum Männerbild im Nahen Osten und Nordafrika	Das Frauenkomitee der Vereinten Nationen, UN Women, hat das Männerbild im Nahen Osten und Nordafrika zusammen mit der Nichtregierungsorganisation Promundo untersucht. „Understanding Masculinities“, so der Titel ihrer Studie, ist die erste umfassende Erhebung zum Thema Männlichkeitsvorstellung, die in der Region durchgeführt wurde.	12.01.2018
Deutschtürken wählen eher links	Ein Forscherteam der Uni Duisburg/Essen und der Uni Köln kommen in der „Immigrant German Election Study“ zum Ergebnis, dass Deutschtürken eher Parteien links der Mitte wählen würden. So kommt die SPD auf 35%, Linkspartei 16%, CDU/CSU 20%, Grüne 13%, FDP 4% und AfD 0%.	06.03.2018
Akzeptanz für den Islam sinkt in Deutschland	Die Akzeptanz des Islam in Deutschland sinke laut einer Studie im Zuge der Flüchtlingsbewegung. Nach der in Düsseldorf vorgestellten Forsa-Befragung „Integrationserfahrungen im Ruhrgebiet“ sind nur noch 37 Prozent der Bundesbürger der Auffassung, dass der Islam zu Deutschland gehört. Zwei Jahre zuvor seien noch 47 Prozent aller Deutschen dieser Meinung gewesen. Für die sinkende Akzeptanz des Islam macht der Präsident der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP), Bodo Hombach, zunehmenden Salafismus, „undurchsichtige Moscheestrukturen“, mangelnde Trennschärfe zwischen Asyl und Einwanderung sowie die massenhaften Übergriffe in der Kölner Silvesternacht 2015 verantwortlich.	14.03.2018

Studie: Islam-Debatte spaltet Bevölkerung	Die Aussage „Der Islam gehört zu Deutschland“ spaltet die Bevölkerung in Deutschland. Für knapp die Hälfte (47 Prozent) gehört der Islam zu Deutschland, wie aus einer Forsa-Umfrage im Auftrag von RTL/n-tv hervorgeht. 46 Prozent sehen den Islam nicht als Teil der deutschen Gesellschaft. Die Ergebnisse unterscheiden sich kaum von früheren Umfragen: 2012, 2014 und 2016 hatten jeweils 48 Prozent der Befragten der Aussage zugestimmt oder sie abgelehnt.	22.03.2018
Studie kritisiert Umgang Israels mit arabischem Erbe Jerusalems	Unter Berufung auf eine neue Universitätsstudie werfen Jordanische Forscher Israel vor, durch Namensänderungen die historische und religiöse Identität Jerusalems zugunsten einer Judaisierung der Stadt auszulöschen. Insgesamt habe Israel die arabischen Namen von 667 archäologischen und historischen Stätten Jerusalems geändert.	28.05.2018
Studie: Praktizierende Christen eher skeptisch bei Islam	In Deutschland sind 55 Prozent der praktizierenden Christen laut einer Studie der Ansicht, dass der Islam grundsätzlich nicht mit der deutschen Kultur und deutschen Werten vereinbar ist. Dagegen liegt der Anteil der nicht praktizierenden Christen in dieser Frage bei 45 Prozent, bei den Konfessionslosen sind es 32, wie aus der Untersuchung „Christ sein in Westeuropa“ des Pew Research Centers hervorgeht.	30.05.2018
Studie: Moscheebesuch ist kein Hindernis für den Bildungserfolg	Die Religiosität von muslimischen Schülern steht guten schulischen Leistungen nicht unbedingt im Weg. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Sozialforscher Sarah Carol von der Universität Köln und Benjamin Schulz vom Wissenschaftszentrum Berlin.	06.06.2018
Studie zeigt islamfeindliche Haltungen bei Jugendlichen	Nach Ergebnissen einer Studie der Universität Duisburg-Essen prägen bei vielen Jugendlichen islamfeindliche Haltungen häufig das Bild von Muslimen. Dabei werde der Islam häufig mit Unterdrückung und Islamismus verbunden, erklärt die Islamwissenschaftlerin Lamyia Kaddor als eine der Autoren.	06.06.2018
Studie: Mehrheit wünscht sich kulturelle Anpassung von Migranten	50 Prozent der Westdeutschen und 60 Prozent der Ostdeutschen wünschen sich laut einer Studie eine Anpassung von Migranten an die Mehrheitskultur. Die Herausgeberin des Religionsmonitors, Yasemin El-Menouar betont, politisch notwendig sei eine „Vielfaltspolitik statt Streit über Identitäten“.	06.06.2018

Studie: Immer mehr Antisemitismus im Internet	Antisemitismus im Internet nimmt laut einer Studie der Technischen Universität (TU) Berlin stark zu. Dazu trügen vor allem Soziale Medien bei. Für die Studie werteten Sprachforscher der TU seit 2014 über 300.000 Text aus, die im Internet kursieren. Schnelligkeit, freie Zugänglichkeit, globale Verknüpfung und Anonymität förderten eine „ungefilterte und nahezu grenzenlose Verbreitung judenfeindlichen Gedankengutes“, so das Urteil der Studie.	19.07.2018
19 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland	In Deutschland nimmt die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund zu. So stieg im vergangenen Jahr die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Prozent auf 19,3 Millionen Menschen, wie das Statistische Bundesamt mitteilt. Bei einer Bevölkerungszahl von rund 82 Millionen ist dies knapp ein Viertel. Im Jahr 2017 hatten rund 51 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund den deutschen Pass, 49 Prozent hatten keinen deutschen Pass. Von den 19,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund hatten rund 2,8 Millionen türkische Wurzeln. 2,1 Millionen hatten polnische, 1,4 Millionen russische, 1,2 Millionen kasachische und 0,9 Millionen rumänische Wurzeln.	01.08.2018
Wissenschaftler: Öffentlichkeit hat verzerrtes Islam-Bild	Der Stuttgarter Religionswissenschaftler Michael Blume sieht in Öffentlichkeit und Medien verzerrte Bilder von Islam und Muslimen in Deutschland. So sei die häufig genannte Zahl von fünf Millionen Muslimen nur das Ergebnis einer „schlampigen Statistik“. Statt die tatsächlichen Mitglieder von Moscheegemeinden zu erheben, werde die islamische Religionszugehörigkeit aufgrund von ethnischer Herkunft ermittelt, so Blume. Faktisch befänden sich die „allermeisten“ Menschen muslimischer Herkunft derzeit in einem „stillen Rückzug“ aus der religiösen Praxis, so Blume. Der Islam in Deutschland sei nicht „stark“, sondern in einer tiefen Krise.	27.08.2018
Focus-Magazin: Mehrheit ist gegen Einwanderungsverbot für Muslime	Laut einer Umfrage sind fast drei Viertel der Deutschen gegen ein generelles Einwanderungsverbot für Muslime. Wie das Magazin „Focus“ unter Berufung auf eine repräsentative Befragung des Meinungsforschungsinstituts Kantar Emnid meldet, lehnen 73 Prozent der Befragten die Aussage „Man muss die Einwanderung von Muslimen grundsätzlich unterbinden“ ab. Dagegen stimmen 24 Prozent der Aussage zu.	31.08.2018
Forscherin: Migrantenkinder sollen daheim Muttersprache sprechen	Die Sprachwissenschaftlerin Heike Wiese wendet sich gegen Forderungen, dass Migrantenkinder zuhause nur Deutsch sprechen sollten. Eltern in Einwandererfamilien sollten im Gegenteil in ihrer Muttersprache mit den Kindern reden, rät die Potsdamer Germanistin im Interview der Zeitung „Die Welt“.	14.09.2018

Studie: Zuzug von Flüchtlingen und Kopftuch weiter umstritten	Der weitere Zuzug von Flüchtlingen und das Tragen eines Kopftuches in öffentlichen Gebäuden sind einer aktuellen Studie zufolge in Deutschland weiterhin umstritten. Eine Mehrheit der Befragten ist dafür, den Zuzug von Flüchtlingen zu begrenzen. Zugleich sprechen sich aber 60 Prozent der Menschen ohne Migrationshintergrund dafür aus, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen. Das geht aus dem aktuellen Integrationsbarometer hervor.	17.09.2018
Studie sieht Zunahme von Ausländerfeindlichkeit in Deutschland	Laut der Studie „Flucht ins Autoritäre“ der Universität Leipzig zufolge nimmt die Ausländerfeindlichkeit in Deutschland zuletzt wieder zu. Von 2016 bis 2018 stieg der Anteil an Menschen, die sich in einer Befragung geschlossen ausländerfeindlich äußerten, demnach von rund 20,4 auf 24,1 Prozent.	07.11.2018
Rund 24.000 Rechtsextreme in Deutschland	Die rechtsextreme Szene in Deutschland ist in diesem Jahr um 100 Personen auf 24.100 angestiegen, berichtet der „Tagesspiegel“ unter Berufung auf Sicherheitskreise. Im vergangenen Jahr hatte das Spektrum den Angaben zufolge noch um 900 Personen zugelegt.	08.12.2018
Deutsche Juden am häufigsten antisemitisch belästigt	In keinem anderen Land der befragten zwölf EU-Staaten fühlen sich Juden so häufig antisemitisch beleidigt, wie in Deutschland. In einer Umfrage der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) unter 16.395 Juden geben 41 Prozent der Befragten in Deutschland (EU-Schnitt: 28 Prozent) an, im vergangenen Jahr eine antisemitische Erfahrung gemacht zu haben. 52 Prozent (EU-Schnitt 39 Prozent) der Befragten sagen, sie hätten in den letzten fünf Jahren so eine Erfahrung gemacht.	10.12.2018

Beziehungen mit der muslimischen Welt

Deutsch-Türkische Beziehungen

Außenminister Çavuşoğlu besucht Amtskollegen Gabriel in Goslar	Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) und sein türkischer Kollege Mevlüt Çavuşoğlu haben ihren Willen zu einer Verbesserung des Verhältnisses beider Länder bekräftigt und wollen die Eiszeit zwischen Berlin und Ankara beenden. Gabriel sagt, es müsse alles unternommen werden, um die „Schwierigkeiten“ im deutsch-türkischen Verhältnis zu überwinden. Zuvor hatte Gabriel Çavuşoğlu in dessen Wahlkreis im südtürkischen Antalya besucht.	06.01.2018
Deutsche Welle eröffnet Korrespondentenbüro in Istanbul	Der deutsche Auslandssender Deutsche Welle (DW) eröffnet in Istanbul ein neues Büro. Korrespondentin Julia Hahn berichtet demnach ab sofort aus der türkischen Metropole am Bosphorus.	19.01.2018
Leopard-Panzer: Bundesregierung rüstet türkische Panzer vorerst nicht auf	Der Einsatz deutscher „Leopard“-Panzer bei der türkischen Offensive in Nordsyrien bringt die Bundesregierung in Bedrängnis. Die Türkei muss auf die Aufrüstung ihrer deutschen Panzer warten. Die Bundesregierung will die Entscheidung über die Modernisierung der Nachfolgeregierung überlassen.	23.01.2018 bis 25.01.2018
Kanzlerin Merkel empfängt türkischen Ministerpräsidenten Yıldırım	Der türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım deutet beim Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel an, dass Deniz Yücel frei kommen könnte. Merkel sagt, man habe beschlossen, die Kontakte intensivieren zu wollen. Yıldırım reist weiter nach München, wo er die Sicherheitskonferenz besucht. An der Konferenz nimmt auch Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu teil.	15.02.2018 bis 18.02.2018
Zahl türkischer Asylbewerber gestiegen	Die Zahl der Asylbewerber aus der Türkei ist in den vergangenen zwei Jahren angestiegen. Dies geht aus Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hervor, wie die „Rheinische Post“ berichtet. Während sie in den Jahren 2013 bis 2015 demnach jeweils deutlich unter 2000 lag, kletterte sie im Jahr des Putschversuchs in der Türkei 2016 auf 5742. Im vergangenen Jahr verzeichnete das BAMF einen weiteren Schub mit insgesamt 8483 von türkischen Bürgern gestellten Asylanträgen.	16.02.2018
Export-Bürgschaften für die Türkei deutlich gestiegen	Trotz der Krise in den deutsch-türkischen Beziehungen hat die Bundesregierung 2017 deutlich mehr Exporte in die Türkei finanziell abgesichert als im Vorjahr. Der Umfang der sogenannten Hermes-Bürgschaften wuchs um knapp ein Drittel auf 1,458 Milliarden Euro. Das geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Alexander Neu hervor.	26.02.2018

Comeback der Türkei als Urlaubsland	Der „UrlaubsMonitor“ von Holidaycheck, der die Frühbuchungen für Pauschalreisen für 2018 mit denen von 2017 vergleicht, kommt zu dem Ergebnis, dass die Reisen in die Türkei mit einem im Vergleich zum Vorjahr sagenhaften Plus von 92 Prozent angestiegen sind.	26.02.2018
Deutsche reisen wieder öfter in die Türkei	Deutsche interessieren sich verstärkt für eine Türkei-Reise. Europas größter Reisekonzern TUI meldet bei den Buchungen ein Plus von 50 Prozent. Auch Thomas Cook verzeichnet eine stark steigende Nachfrage bei Türkei-Urlaube. Beim Reiseveranstalter Corendon Touristic heißt es sogar, dass sich die Buchungen für die Sommersaison gegenüber dem Vorjahr verdoppelt haben.	06.03.2018
Türkischer Außenminister Çavuşoğlu in Berlin	Der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu besucht zum dritten Mal in zwei Monaten Deutschland. Er trifft mit Bundesaußenminister Sigmar Gabriel zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Bemühungen um eine weitere Entspannung der deutsch-türkischen Beziehungen nach der Freilassung des Journalisten Deniz Yücel. Çavuşoğlu besucht zudem die Tourismusmesse ITB in Berlin.	06.03.2018 bis 07.03.2018
Regierung bewertet Flüchtlingsabkommen mit der Türkei als Erfolg – Kritik von Pro Asyl	Die Bundesregierung sieht das im Jahr 2016 geschlossene Flüchtlingsabkommen der EU mit der Türkei als Erfolg. Es sei gelungen, dass tödliche Geschäft der Schleuser in der Ägäis zu bekämpfen, sagt Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin. Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisiert das Flüchtlingsabkommen jedoch scharf und bezeichnet es als „schäbigen Deal“.	19.03.2018 bis 20.03.2018
Özdemir fordert Stopp von Rüstungslieferungen in die Türkei	Der Grünen-Politiker Cem Özdemir fordert nach dem türkischen Vordringen in Nordsyrien einen sofortigen Stopp der deutschen Rüstungslieferungen. Die Bundesregierung müsse das Vorgehen der Türkei scharf verurteilen, fordert Özdemir.	21.03.2018
NRW-Landtag lehnt Gedenkfeier mit türkischem Außenminister ab	Auf Drängen von SPD und Grünen wird es zum 25. Jahrestag des Solinger Brandanschlags am 29. Mai keine Gedenkfeier mit dem türkischen Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu im nordrhein-westfälischen Landtag geben.	28.04.2018
Türkei gibt Klöster und Kirchen an Aramäer zurück	Mit der rechtlichen Rücküberschreibung von 50 Liegenschaften an die Stiftung des Klosters Mor Gabriel findet ein Rechtsstreit zwischen den aramäischen Christen und der türkischen Regierung ein vorläufiges Ende.	28.05.2018
Maas: Türkische Zuwanderer „sind ein Teil unseres Landes“	Im Gedenken an den rechtsextremistischen Brandanschlag in Solingen vor 25 Jahren ruft Außenminister Heiko Maas (SPD) zum Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit auf. Türkische Zuwanderer seien in Deutschland nicht nur willkommen, sondern „ein Teil unseres Landes“.	29.05.2018

CDU-Europaabgeordnete Sommer geht mit Türkei ins Gericht	Die CDU-Europaabgeordnete Renate Sommer plädiert für den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, falls Präsident Recep Tayyip Erdoğan nach den bevorstehenden Wahlen wie geplant das Parlament entmachtet.	21.06.2018
Bericht: Häufiger Asyl für türkische Staatsbürger in Deutschland	Mehr türkische Staatsbürger erhalten in Deutschland einen positiven Asylbescheid. Zwischen Jahresbeginn und Ende Mai 2018 stellten 3.248 türkische Staatsbürger einen Asylantrag; von 2.652 inhaltlichen Entscheidungen fielen 1.217 positiv aus. Das geht aus einer Antwort des Außenministeriums auf eine Anfrage der Linkspartei hervor.	22.06.2018
Der türkische Präsident Erdoğan eröffnet Kölner Zentralmoschee	Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan eröffnet während seines Staatsbesuchs in Deutschland die Kölner Zentralmoschee des türkisch-deutschen Moscheeverbands DITIB. Am 7. November 2009 wurde der Grundstein gelegt. Im vorigen Jahr ging die Kölner Zentralmoschee in Betrieb. Nun weiht sie der türkische Präsident Erdoğan offiziell ein.	29.09.2018
Beziehungen in den Nahen- und Mittleren Osten		
Saudi-Arabien verärgert über Bundesregierung	Der saudische Außenminister Adel al-Dschubair teilt mit, dass sein Land vorerst keinen Botschafter nach Deutschland entsenden werde. Grund ist u.a. die Kritik von Außenminister Gabriel, die er vor einiger Zeit an dem Land äußerte.	21.02.2018
AfD-Abgeordnete treffen Großmufti in Damaskus	Mehrere AfD-Abgeordnete treffen bei ihrem Syrienbesuch den syrischen Großmufti, Scheich Ahmad Badr Al-Din Hassoun, in Damaskus. Thema des Gesprächs sind unter anderem die Rückkehr syrischer Flüchtlinge sowie die Trennung von Staat und Religion.	06.03.2018
Truppenaufstockung in Afghanistan und Mali	Die Bundeswehreinätze in Mali und Afghanistan werden laut Medienberichten aufgestockt. Die Regierung stelle sich auf einen jahrzehntelangen Verbleib in Afghanistan ein.	06.03.2018
Münkler: Parallelen zwischen Dreißigjährigem Krieg und Nahost	Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler sieht Parallelen zwischen dem Dreißigjährigen Krieg (1618-1648) und heutigen Konflikten im Nahen Osten und in Afrika. Auch in Nahost gehe es seit dem arabischen Frühling um innere Verfassungskonflikte, dazu die Auseinandersetzung zwischen Sunniten und Schiiten und den Kampf um die Vorherrschaft zwischen Iran und Saudi-Arabien in der Region. Die Rolle der Religion charakterisierte Münkler als „Brandbeschleuniger“.	08.03.2018

Menschenrechtler beklagen „grausame Diktatur“ in Ägypten	Vor den Präsidentschaftswahlen in Ägypten kritisieren Menschenrechtler die amtierende Regierung scharf. Das Land sei „inzwischen eine Diktatur, die noch willkürlicher und grausamer“ herrsche als die des früheren „Langzeitdiktators“ Hosni Mubarak, erklärt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM).	08.03.2018
Experten hoffen auf neuen Anlauf für Frieden im Jemen	Der neue UN-Sonderbeauftragte für den Jemen Martin Griffiths könnte nach Ansicht von Experten neuen Schwung in die festgefahrenen Verhandlungen für einen Frieden in dem Bürgerkriegsland bringen. Bei dem Briten handle es sich um einen erfahrenen und ehrgeizigen Vermittler, der darüber hinaus das Gewicht Großbritanniens mit in die Verhandlungen bringe, sagt die Leiterin des Center for Applied Research in Partnership with the Orient (CARPO), Marie-Christine Heinze, in Bonn.	09.03.2018
Waffenhandel wächst - ein Drittel geht in den Nahen Osten	Aus dem Bericht des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) geht hervor, dass der internationale Waffenhandel in den vergangenen fünf Jahren um zehn Prozent gewachsen ist. Ein Drittel aller Waffen und Rüstungsgüter (32 Prozent) ging 2013-2017 in den Nahen und Mittleren Osten, mehr als doppelt so viele wie in den fünf Jahren davor.	12.03.2018
EU-Migrationskommissar: Krise ist noch nicht zu Ende	EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos warnt vor einem nachlassenden Engagement in der Migrationspolitik. „Diese Krise ist noch nicht zu Ende und wird noch viele Jahre da sein“, sagt Avramopoulos in Brüssel. Aus diesem Grund sei es wichtig, bei der Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) bis Ende Juni einen Kompromiss zu erreichen.	14.03.2018
Oxfam: Jemen nach drei Jahren Krieg am Rande der Hungersnot	Die Hilfsorganisation Oxfam kritisiert die humanitäre Situation im Jemen. Die Bevölkerung könne sich kaum noch die notwendigsten Güter wie Nahrung und Wasser leisten, erklärt Oxfam in Berlin.	24.03.2018
Zehn Tote und Hunderte Verletzte bei Protesten am Gazastreifen	Bei den Zusammenstößen zwischen Palästinensern und israelischen Soldaten an der Grenze des Gazastreifens werden mindestens zwölf Menschen getötet. Unter den Toten ist laut örtlichen Medienberichten auch ein palästinensischer Journalist.	07.04.2018
Erneut mehr Waffen nach Saudi-Arabien exportiert	Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten weitere umfangreiche Rüstungsausfuhren nach Saudi-Arabien genehmigt. Demnach hat sich das Genehmigungsvolumen für Saudi-Arabien innerhalb eines Jahres mehr als verdreifacht.	12.04.2018

Anteil der Rüstungsexporte in Krisenregionen fast verdoppelt	Deutschland hat während der großen Koalition von 2013 bis 2017 deutlich mehr Rüstungsgüter exportiert als zu Zeiten der schwarz-gelben Vorgängerregierung. Laut Ministerium stieg der Gesamtwert der tatsächlichen Ausfuhren im Vergleich zur schwarz-gelben Vorgängerregierung von 6,6 auf 8,6 Milliarden Euro. Der Anteil der besonders umstrittenen Exporte in Krisenländer wie Algerien, Katar, Ägypten, Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate erhöhte sich im Vergleichszeitraum von 43,2 auf 83,5 Prozent.	10.05.2018
Udo Steinbach: Araber loben Deutschland für Aufnahme von Muslimen / Regierung Netanjahu will ein Großisrael	Der Nahostexperte und langjährige Leiter des Deutschen Orientinstituts, Udo Steinbach, sagt in einem Interview, dass die Aufnahme hunderttausender Muslime das Ansehen Deutschlands in der arabischen Welt positiv gestärkt habe. Zudem sagt er, dass die Regierung Netanjahu kein Interesse an einer Zwei-Staaten-Lösung habe, sondern ein Groß-Israel als zionistischen Traum verfolge.	21.05.2018
Keine Kehrtwende bei Rüstungsexporten auf Arabische Halbinsel	Bei den umstrittenen Waffenlieferungen an die am Jemen-Krieg beteiligten Länder plant die Bundesregierung keinen generellen Genehmigungsstopp. Die Rüstungsexpertin der Linken-Fraktion Sevim Dagdelen sagte, dass die Bundesregierung mit dieser Rüstungspolitik „Beihilfe zu den Menschenrechtsverletzungen des saudischen Militärs trotz einer gegenläufigen Koalitionsvereinbarung zum Stopp der Waffenlieferungen an Saudi-Arabien“ leiste.	31.08.2018
Bericht: Saudi-Arabien erhält weitere deutsche Waffensysteme	Die Bundesregierung genehmigt offenbar den Export von weiteren Waffensystemen an Saudi-Arabien. Das geht aus einem Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) an den Wirtschaftsausschuss des Bundestages hervor, das dem Redaktionsnetzwerk Deutschland vorliegt.	19.09.2018

Yasin Bař ist Politologe, Historiker, Autor, freier Journalist und Übersetzer. Zuletzt erschienen seine Bücher: „Islam in Deutschland – Deutscher Islam?“ sowie „nach-richten: Muslime in den Medien“.